

Landesprogramm

der

ÖDP Hessen 2023

Verantwortung und Genügsamkeit

**als Schlüssel zur Widerstandsfähigkeit
in herausfordernden Zeiten**



15	Vorwort.....	3
16	Die wichtigsten Gründe, warum Sie unbedingt ÖDP wählen sollten.....	3
17	Wir achten die Grundwerte.....	7
18	Global gegen die Überhitzung der Erde – Lokal in Hessen für nachhaltige Energie nach dem Motto „aus der	
19	Region für die Region“	8
20	Wir finden uns mit der Atomgefahr nicht ab!	9
21	Mobil sein – mit Verantwortung.....	10
22	Gemeinwohl-Ökonomie - ökosozial statt marktradikal!	12
23	Wir werden im Parlament den Familien ein verlässlicher Partner sein	14
24	Wir wissen: Schulen und Kindergärten müssen ermutigen und individuell fördern	15
25	Wir wollen allen Menschen ein Leben in Würde sichern – unabhängig von Alter oder Behinderung.....	18
26	Wir treten für ein gerechtes und leistungsfähiges Gesundheitssystem ein!.....	20
27	Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk!	22
28	Wir achten die Natur und stehen zum Erhalt der natürlichen Artenvielfalt sowie zum Schutz der Lebensräume	
29	von Mensch, Tier- und Pflanzenwelt!	23
30	Wir schützen die Landwirtschaft vor dem Wachstumszwang und bieten Hessens Bäuerinnen und Bauern	
31	einen Existenzsicherungsvertrag an – für Gegenwart und Zukunft!.....	26
32	Wir stehen zum Tierschutz – artgemäße und verhaltensgerechte Tierhaltung im ganzen Land!.....	29
33	Wir werden die Vielfalt in Kultur- und Medienlandschaft erhalten und fördern!	30
34	Mehr Sicherheit vor krimineller Bedrohung!	31
35	Wir streiten für die saubere Demokratie – ohne Konzernspenden und mit direkter Beteiligung aller	
36	Bürgerinnen und Bürger!.....	32
37		

38 Viele gute Gründe, ÖDP zu wählen!

39

40 Vorwort

41

42 **Demokratie, Ökologie und Ökonomie** – damit gestalten wir menschliches Miteinander, Verteilung und
43 Wohlstand, aber vor allem auch unser Überleben auf diesem Planeten.

44 Wer auf diesem Planeten überleben und eine Zukunft haben will, muss dringend anders handeln und
45 wirtschaften, um uns nicht in eine Heißzeit zu katapultieren, in der viele Gebiete durch feuchte Hitze,
46 Dürre, Überflutung, tropische Stürme oder Krankheitserreger für Menschen unbewohnbar werden.
47 Stattdessen sind die Lebensgrundlagen wie Wasser, Klima, Boden, Luft und Artenvielfalt zu wahren,
48 um möglichst allen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Dass auf einer endlichen Erde kein
49 endloses Wachstum möglich ist, wird von fast allen als Wahrheit anerkannt. Was fehlt, sind die
50 daraus abgeleiteten veränderten Handlungen. Menschen lernen aus den Folgen ihres Handelns, aber
51 nur dann, wenn die Folgen unmittelbar als Ergebnis der eigenen Handlung erkannt werden. Die
52 Schwierigkeit von heute ist, dass die Folgen unseres Handelns in vielen Fällen weder oft nicht
53 unmittelbar sind und wir sie nicht erkennen können. Wir müssen umlernen, denn unsere
54 evolutionären Werkzeuge versagen hier. Ein einfacher Grundsatz - „Ein Kompass“ könnte es uns
55 erleichtern, unser Handeln abzuschätzen. Dieser lautet: "Keine naturwidrige Handlung bleibt ohne
56 Folgen. Kein natürliches Prinzip kann man unbestraft verletzen, keine natürliche Ordnung beseitigen
57 ohne Gefahr für sich selbst. Die Einordnung des Menschen in die Ordnungen der Biosphäre
58 (Schöpfung) ist eine unabdingbare Voraussetzung für sein Leben". (von Hans-Peter Rusch, Arzt und
59 Mikrobiologe)

60 Wer damit übereinstimmt, wird auch Folgendem zustimmen können: Genügsamkeit (Suffizienz) ist
61 ein Wort, das wieder Einzug in unser Leben halten sollte in unseren Sprachgebrauch. Dies gilt für die
62 Anforderungen, die die Menschen des Landes Hessen an ihre Regierung stellen, als auch an ebenso
63 wie für die Regierenden und ihre ausführenden Behörden. An erster Stelle sollte immer die
64 Eigenverantwortung des Einzelnen stehen (ausgenommen Aufgaben, die dem Staat vorbehalten
65 sind), dann das Umfeld und dann erst der Staat. Ziel dieser Ausrichtung ist eine höhere
66 Widerstandsfähigkeit (Resilienz) des Einzelnen bei unvorhersehbaren Ereignissen.

67

68 Dafür steht die hessische ÖDP!

69

70 Die wichtigsten Gründe, warum Sie unbedingt ÖDP wählen sollten...

71 Grund Nr. 1

72 **ÖDP – die Partei des guten Lebens: Gemeinwohl vor Wachstum um jeden Preis! Für Hessen als** 73 **Land des Gemeinwohls!**

74 Die Wirtschaft hat sich immer daran zu orientieren, was dem Wohle aller dient. Dies findet bisher
75 keinerlei Niederschlag in der Politik. Hessen muss daher Rahmenbedingungen schaffen und Leben,
76 Arbeit, Produktion und Handel so organisieren, dass alle Menschen dieses Landes davon profitieren,
77 die Ressourcen geschont werden, die Umwelt gesundet und nachhaltig für eine sichere Zukunft
78 zusammengearbeitet wird. Hessen wird so Vorreiter in Sachen Gemeinwohl-Ökonomie.

79 Mit Kammern und Verbänden (Handwerk, Landwirtschaft, Handel, Industrie) sind Vereinbarungen
80 zur Entwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie abzuschließen. Öffentlich-rechtliche und Unternehmen
81 im Staatsbesitz erstellen vorbildhaft Gemeinwohl-Bilanzen, ebenso wie Städte, Landkreise und
82 Gemeinden. Ziel ist ein gutes Leben für alle, weg vom Irrsinn eines Wachstumszwangs, weg von
83 Profitgier, sozialer Ausgrenzung und Umweltzerstörung hin zu einer ökosozialen Marktwirtschaft.

84 **Grund Nr. 2**

85 **ÖDP – die Partei der Widerstandsfähigkeit in herausfordernden Zeiten: Für eine sichere regionale**
86 **Grundversorgung statt langen Lieferketten**

87 Eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln und Wirtschaftsgütern bedeutet kurze Wege, geringes
88 Verkehrsaufkommen, wohnortnahe Arbeitsplätze und alles in allem eine nachhaltige und krisenfeste,
89 sprich sichere Grundversorgung. Deshalb tritt die ÖDP für die Förderung kleiner und
90 mittelständischer Unternehmen überall in Hessen ein. Regionalität als Zuschlagskriterium bei
91 öffentlichen Ausschreibungen schont Ressourcen und fördert heimische Unternehmen. Hierzu
92 müssen die Vorschriften zu Ausschreibungen öffentlicher Aufträge geändert werden.

93 Die Globalisierung ist kein natürlicher Prozess. Sie kann und muss in Teilen wieder rückgängig
94 gemacht werden. Eine sichere Grundversorgung gibt es nur in kleinen regionalen Kreisläufen mit
95 kurzen Lieferketten.

96 **Grund Nr. 3**

97 **ÖDP – die Klimaschutzpartei: Für Klimaneutralität und regionale Energieversorgung bis 2030**

98 Die lebensgefährliche Überhitzung der Erdatmosphäre müssen wir auch in Hessen konsequent
99 bekämpfen. Zuviel wurde versäumt. Es bleibt keine Zeit für einen Aufschub: Klimaneutralität und die
100 Versorgung Hessens mit 100 % erneuerbarer Energie unter Nutzung von Speicher- und
101 Einsparungsmöglichkeiten bis 2030 stehen auf der Tagesordnung. Wir brauchen günstige und
102 attraktive öffentliche Verkehrsmittel auch im ländlichen Raum. Zum Entzug von CO₂ aus der
103 Atmosphäre und zur Kohlenstoffbindung fordern wir die Wiedervernässung von Mooren, den Erhalt
104 von Grünland, den Aufbau und Schutz klimaresistenter Wälder, von Hecken an Ackerrändern und
105 den gezielten Humusaufbau.

106 **Grund Nr. 4**

107 **ÖDP – die Partei für konsequenten Naturschutz: Hessens Schätze bewahren – in fairer**
108 **Partnerschaft mit der bäuerlichen Landwirtschaft**

109 Die natürlichen und kulturellen Schönheiten unseres Landes achten wir und arbeiten aktiv für ihren
110 Schutz. Konsequenter Artenschutz, Erhalt und Pflege von natürlichen Lebensräumen, Beendigung
111 des Flächenverbrauchs, Tierschutz, Sicherung der Grundwasservorräte und verbindlicher Schutz der
112 Gewässer vor Sedimenteinträgen – dies alles braucht vor allem eine ehrliche Partnerschaft mit der
113 bäuerlichen Landwirtschaft. Industrielle Landwirtschaft ist ein Auslaufmodell. Faire
114 Existenzsicherungsverträge mit anständiger Bezahlung der Gemeinwohlleistungen sind die
115 Alternative zur Drohung „Wachsen oder Weichen“. Bauernland muss in Bauernhand bleiben! Wir
116 wollen den Anteil der ökologischen Landwirtschaft von derzeit 16% deutlich steigern auf 30%.

117 **Grund Nr. 5**

118 **ÖDP – die Partei für den Schutz von guten Böden und sauberem Wasser**

119 Vom fruchtbaren Boden hängt nicht nur die Ernährung des Menschen ab. Böden können in großen
120 Mengen Kohlenstoff dauerhaft binden und das Klima stabilisieren. Natürliche Böden
121 unterschiedlicher Struktur sind auch die Voraussetzung für Artenvielfalt von Flora und Fauna, für den
122 Wasserkreislauf, für den präventiven Hochwasserschutz und für die landschaftliche Vielfalt und den
123 Reiz Hessens. Die Böden sind mehr als nur eine Oberfläche auf der wir gehen und stehen. Sie sind
124 mehr als nur ein Standort auf dem die Pflanzen sich verankern. Neben sauberer Luft und sauberem
125 Wasser sind gesunde Böden eine Voraussetzung für die Produktion von gesunden Lebensmitteln.
126 Beenden wir die Misshandlung der Böden, der Biotope und Lebensräume für Menschen, Tiere,
127 Pflanzen und Mikrobewesen. Das, was die Natur geschaffen hat, wozu sie sehr viel Zeit gebraucht
128 hat, haben wir Menschen in quasi einem Augenblick, stark geschädigt. Durch den Einsatz von
129 Pestiziden und Kunstdünger, durch Massentierhaltung und Monokulturen. Finden wir zurück auf den
130 Weg zu einer Heilung der Biosphäre. Arbeiten wir mit der Natur, statt gegen sie.
131 Wir treten dafür ein, das Schutzgut Boden ebenso ernst zu nehmen wie die Schutzgüter Artenvielfalt,
132 Wasser und Atmosphäre. Deshalb setzen wir uns für eine wirksame Begrenzung des
133 Flächenverbrauchs im Landesplanungsgesetz ein, aber auch dafür, die Landwirtschaftsförderung an

134 den Leistungen der Bauern für die Schonung der genannten Schutzgüter zu orientieren. Beim
135 Bodenschutz geht es vor allem darum, die Humusmenge und einen stabilen Gehalt an Feuchtigkeit,
136 Kohlenstoff und Nährstoffen im Boden zu erhalten sowie die weitere Erosion, Verdichtung und
137 Verschmutzung mit Schadstoffen zu vermeiden. Hessens Wasserversorgung ist die vordringliche
138 Aufgabe der Daseinsvorsorge: Unser Wasser gehört allen, darf nicht privatisiert werden und die
139 Wasservorkommen sind für Hessens Allgemeinheit sauber und sicher zu halten.

140 **Grund Nr. 6**

141 **ÖDP – die Partei der Kreislaufwirtschaft**

142 In all unseren Produkten stecken wertvolle Ressourcen, Energie und Arbeitskraft. Wir wollen eine
143 Gewährleistung von fünf Jahren für elektrische Geräte wie Haushaltsgeräte und Informations- und
144 Unterhaltungselektronik und damit Produkte fördern, die möglichst lange genutzt werden.
145 Verpackungsmaterial wie Papier und Kunststoff sind als Mehrweg-Optionen zu planen und zu
146 standardisieren. Carsharing, gemeinschaftliche Räume, geteilte Gegenstände und Second-Hand-
147 Handel schonen die wertvollen Ressourcen unserer Erde, die investierte Energie und Arbeitskraft.
148 Alle Produkte müssen leicht reparierbar sein. Um die Reparatur von Geräten und
149 Gebrauchsgegenständen aller Art zu fördern, soll entweder ein „Reparaturbonus“ wie in Österreich
150 und Thüringen gezahlt oder die Mehrwertsteuer auf Reparaturarbeiten gestrichen werden.

151 Ziel ist, Produkte lange zu nutzen, sie dann aufzuarbeiten durch Reparatur und den Gebrauch
152 funktionstüchtiger Einzelteile, und erst dann das Recycling anzugehen. Ein gutes Beispiel dafür sind
153 Repaircafes. Alles, was verbraucht wird, muss biologisch abbaubar sein. Verbrannt werden
154 ausschließlich nicht kreislauffähige Stoffe. Die Deponierung ist toxischen und umweltgefährdenden
155 Reststoffen sowie Schlacken aus der Müllverbrennung vorbehalten.

156 **Grund Nr. 7**

157 **ÖDP – die Familienpartei: Für ein Familiengehalt mit Rentenanspruch**

158 Sich Kindern zu widmen, darf nicht weiter bestraft werden. Wer sich der Aufgabe zuwendet, Kinder
159 in eine glückliche Zukunft zu führen, muss vom Staat entsprechend unterstützt werden. Dasselbe gilt
160 für die Pflege von Angehörigen. „Sorge-Arbeit“ für Kinder und pflegebedürftige Angehörige ist
161 vollwertige Arbeit. Das Elterngeld ist ungeeignet diese wichtige Leistung wertzuschätzen: Es muss zu
162 einem echten Familiengehalt mit Rentenanspruch ausgebaut werden.

163 **Grund Nr. 8**

164 **ÖDP – die kinderfreundliche Partei**

165 Jedem Kind eine Chance – mit einer zweiten Lehrkraft in jeder Klasse. Immer mehr Kinder haben
166 Probleme mit dem Lernen und können sich im Unterricht schwer konzentrieren. So ist es für
167 Lehrkräfte immer schwerer, Voraussetzungen für guten Unterricht vor aufnahmefähigen Schülern
168 und Schülerinnen zu sichern. Zudem befinden sich immer mehr Kinder aus unterschiedlichen
169 Kulturen in den Klassen.

170 Individuelle Förderung und Inklusion aller Kinder gelingt, wenn Lehrkräften in allen Klassen
171 Assistenzkräfte als zweite Kraft zur Verfügung stehen. Schule braucht nicht nur Unterricht, sondern
172 auch kulturelles Leben. Die Kinder sollen in der Schule Selbständigkeit entwickeln und Angebote
173 mitgestalten. Die zeitgemäße Pädagogik macht die Schülerschaft von Belehrteten zu Lernenden und
174 vermittelt Freude an Durchblick und kreativer Gestaltung.

175 **Grund Nr. 9**

176 **ÖDP – die Partei für eine ehrliche Demokratie und unabhängige Politik: Entscheidungen zum Wohle 177 aller!**

178 Große Konzerne und Verbände begünstigen jedes Jahr mit hohen Geldspenden und Sponsoring
179 Parteien. Wir halten diese Praxis für Bestechung und haben uns selbst verpflichtet, solche Spenden
180 nicht anzunehmen. Nur eine unabhängige Politik wird bei politischen Entscheidungen das
181 Gemeinwohl aller im Auge haben. Parteien, die hohe Zuwendungen von Konzernen und Verbänden
182 erhalten, lassen sich dadurch bei ihren politischen Entscheidungen beeinflussen. Hessen muss sich

183 daher für klare Regeln im Parteiengesetz einsetzen: Spenden von juristischen Personen an Parteien
184 und Politiker müssen verboten werden. Hessen braucht ein wirksames Lobby-Register und bei der
185 Gesetzgebung eine nachvollziehbare Fußspur, die Transparenz herstellt und Lobbyismus-Einflüsse in
186 der Gesetzgebung aufzeigt.

187

188 **Grund Nr. 10**

189 **ÖDP – die Partei des Menschenrechts auf Privatsphäre und Schutz vor der Macht der Algorithmen**

190 Die Ausstattung ganz Hessens mit leistungsfähigem Internet ist überfällig. Die Digitalisierung ist ein
191 Werkzeug. Doch: Mächtige Ideengeber aus dem Bereich der Digitalisierung rechnen durchaus damit,
192 Menschen als verantwortlich-handelnde Personen nicht nur im Straßenverkehr (autonome
193 Fahrzeuge), sondern in der gesamten Wirtschafts- und Alltagswelt durch datenbasierte Systeme zu
194 ersetzen. Alle Digitalisierungsprojekte sind unter dem Aspekt zu beurteilen, inwiefern sie noch ein
195 hilfreiches Werkzeug sind oder schon die menschliche Person entrechteten. Es braucht ein Recht
196 darauf, analog zu leben – ohne erzwungene Smartphone-Nutzung. Das bedeutet z.B., dass digitale
197 Bezahlmethoden und digitale Gesundheitspässe optional sein müssen.

198 **Grund Nr. 11**

199 **ÖDP – die Partei für einen funktionsfähigen und fairen Staat, der aktiv und leistungsfähig vor 200 Kriminalität und Freiheitsverlusten schützt**

201 Kriminalität und Terror, aber auch Datenmissbrauch, antidemokratische Manipulationen, genauso
202 wie die Klimakatastrophe und der Artenverlust bedrohen die Grundrechte der Menschen. Globale
203 Kommunikations- und Internetkonzerne haben Möglichkeiten, die Grundrechte der Nutzerinnen und
204 Nutzer auszuhebeln und ganze Gesellschaften zu manipulieren. Der Verlust der globalen
205 Lebensgrundlagen gefährdet die Freiheitsrechte, insbesondere die der gegenwärtigen und künftigen
206 jungen Generationen (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Frühjahr 2021). Die ÖDP Hessen
207 nimmt alle diese Sorgen der Bürgerschaft sehr ernst: Für uns gehören die innere Sicherheit,
208 Kriminalitätsbekämpfung und die Sicherung der Freiheitsrechte im Sinne der hessischen Verfassung
209 zu den wichtigen Aufgaben des Staates. Wir wollen das Personal für Polizei und Justiz,
210 Steuerfahndung und Betriebsprüfung deutlich aufstocken und ihre Fortbildung intensivieren.

211 **Grund Nr. 12**

212 **ÖDP – die Partei für wirksamen Tierschutz**

213 Tiere sind fühlende Wesen und Mitgeschöpfe, keine Sachen. Der Umgang mit ihnen ist oft abstoßend
214 und erschütternd. Wahre Menschlichkeit strebt nach höchsten Standards beim Tierschutz. Der
215 Tierschutz muss zur Maxime in der hessischen Landwirtschafts- und Forschungspolitik werden.

216 **Grund Nr. 13**

217 **ÖDP: Für faire Handelsbedingungen statt CETA, TTIP und TISA**

218 Mit den Abkommen CETA, TTIP und TISA versuchen internationale Großkonzerne noch größeren
219 Einfluss auf die Gesetzgebung zu bekommen. Höhere Sozial-, Verbraucherschutz-, Umweltschutz-
220 und Naturschutzstandards würden damit ausgehebelt, Konzernforderungen ließen sich über
221 internationale Schiedsgerichte durchsetzen. Konzerngewinne würden gesichert, gesunde Strukturen
222 und Märkte in Ländern des globalen Südens würden geschwächt. Dem stellen wir uns entgegen.
223 Unsere ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner und Manuela Ripa kämpfen seit 2014
224 konsequent in Brüssel für unsere Haltung.

225 **Grund Nr. 14**

226 **ÖDP – die Partei, die zur Verfassung steht: Wir verteidigen die Verfassung, wie sie gemeint war!**

227 Die Verfassung des Landes Hessen ist voller wertvoller Grundsätze, die zu den Herzensanliegen der
228 ÖDP gehören. Die politische Realität in Hessen wird diesen Staatszielen nicht immer gerecht. Wir
229 verteidigen die hessische Verfassung, so wie sie wirklich gemeint war. Diese Querschnittsaufgabe
230 zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Programm der ÖDP Hessen.

231

232 **Wir achten die Grundwerte**

233 **Grund Nr. 15**

234 **Medizinische Forschung darf nur ohne den Verbrauch menschlicher Embryonen betrieben werden**

235 Wir stehen zum strengen deutschen Embryonenschutzgesetz. Die Würde des Menschen ist von
236 Anfang an unantastbar. Menschliches Leben darf von der Befruchtung an nicht als Material für die
237 Forschung entwertet werden.

238

239 **Grund Nr. 16**

240 **Ermütigung und Unterstützung für alle schwangeren Frauen – für den Schutz des ungeborenen Lebens**

241 Frauen und Familien muss die Entscheidung für ein Kind erleichtert werden. Niemand sollte Sorgen
242 haben müssen, wegen eines Kindes sozial, beruflich, finanziell oder psychisch ins Abseits zu rutschen.
243 Hessen muss ein Land werden, in dem man ohne Existenzangst, Diskriminierung und Ausgrenzung
244 Kinder haben kann. Kinderfeindliche Strukturen sind überall abzubauen, die Beratung und Begleitung
245 der Eltern ist zu verbessern und materielle Sicherheit (vgl. Grund Nr. 51) ist zu gewährleisten. Die
246 ÖDP lehnt es ab, Leben zu bewerten. Jedes Kind ist willkommen. Das Kind und seine Bezugspersonen
247 sind zu unterstützen, um ihnen ein glückliches Leben zu ermöglichen.

249 **Grund Nr. 17**

250 **Keine Patente auf Leben**

251 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Patente auf menschliches Erbgut lehnen wir entschieden
252 ab. Patente und damit Vermarktungsmöglichkeiten auf Leben dürfen nicht erteilt werden. Dies muss
253 für alle Organismen sowie deren Erbgut und Bestandteile gelten.

254 **Grund Nr. 18**

255 **Der Sonntag muss geschützt bleiben**

256 Wir treten dafür ein, den Sonntag als allgemeinen Ruhetag verkaufsfrei zu halten und entsprechend
257 gesetzlich zu schützen. Alle Menschen, besonders Familien, aber auch die Gesellschaft insgesamt,
258 brauchen diesen besonderen Tag. Er ist eines der größten Geschenke der jüdisch-christlichen
259 Tradition an die Menschheit. Er bringt eine notwendige Unterbrechung unserer
260 durchökonomisierten Abläufe, rhythmisiert das Leben und ermöglicht die Orientierung in der Zeit
261 und im Kreislauf der Woche; nicht zuletzt bietet er Freiräume für familiäre, kulturelle, kirchliche,
262 sportliche und sonstige Veranstaltungen. Unverzichtbar für ein gutes Leben!

263 **Grund Nr. 19**

264 **Integration fordern und fördern**

265 Mit großer Sorge sieht die ÖDP die Zunahme von Ausländerfeindlichkeit und rechtem Gedankengut
266 in Teilen der Gesellschaft. Mit voller Kraft muss der Staat dieser heraufziehenden Gefahr
267 entgegenwirken. Die ÖDP steht für die Integration bleibeberechtigter Geflüchteter. Um Staat und
268 Gesellschaft nicht zu überfordern und die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns zu unterstreichen,
269 sind Nichtbleibeberechtigte in zweifelsfrei sichere Herkunftsländer zurückzuführen. Eine
270 menschenwürdige Behandlung ist für uns selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist für uns,
271 dass Deutsche, Geflüchtete und alle Asylsuchenden das Grundgesetz anerkennen und sich zu den
272 unveräußerlichen Grundrechten bekennen. Dazu gehören insbesondere die Prinzipien der
273 Rechtsstaatlichkeit, des Pluralismus, der Trennung von Staat und Religion, der Meinungsfreiheit und
274 der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Ebenso sind alltagstaugliche Kenntnisse der deutschen
275 Sprache für eine gelungene Integration unabdingbar.

276 Weil wir in Deutschland nicht alleine die Probleme der ganzen Welt lösen können, wollen wir eine
277 Politik voranbringen, die über die Grenzen schaut. Wir treten ein für gerechte Strukturen in einer
278 globalisierten Welt. Dazu gehört die Förderung eines fairen Welthandels, besonders im Hinblick auf
279 die Agrarpolitik. Wir unterstützen den Global Marshallplan und die globalen Entwicklungsziele der

280 UN (Sustainable Development Goals - SDGs). Integrierte und langfristig berufstätige Geflüchtete und
281 Asylsuchende brauchen eine Bleibeperspektive.

282 **Grund Nr. 20**

283 **Zuwanderung gestalten**

284 Gewollte Zuwanderung bedarf einer gesonderten gesetzlichen Regelung. Dazu fordern wir ein
285 integrationsförderndes Einwanderungsgesetz. Eine abwerbende Zuwanderungspolitik darf nicht zu
286 einem „Ausbluten“ der Herkunftsländer führen.

287 **Global gegen die Überhitzung der Erde – Lokal in Hessen für** 288 **nachhaltige Energie nach dem Motto „aus der Region für die** 289 **Region“**

290 Eine moderne Gesellschaft braucht Energie. Ein großer Teil dieser Energie wird immer noch aus fossilen
291 Brennstoffen wie Kohle, Erdöl und Erdgas erzeugt. Die Nutzung von fossilen Brennstoffen ist nur noch
292 bei technischer Notwendigkeit zu akzeptieren und sonst so schnell wie möglich zu beenden.
293 Anzustrebender Zeitraum ist das Jahr 2030. Brennholz und Pellets als Brennstoff aus nachwachsenden
294 Ressourcen mit Herkunft aus der EU ist weiterhin möglich. Die Obergrenze der Menge orientiert sich
295 an den Möglichkeiten der Wälder. Abwärme aus technischen Prozessen oder Produktions- und
296 Dienstleistungsanlagen ungenutzt in die Biosphäre zu entlassen ist eine Energieverschwendung. Es
297 müssen Lösungen gefunden werden, die Abwärme in eine Nutzung zurückzuführen.

298 **Hessens Beitrag für Versorgungssicherheit und gegen die Überhitzung der Erdatmosphäre**

300

301 **Grund Nr. 21**

302 **Versorgungssicherheit: Regional und erneuerbar erzeugte Energie schützt vor Preisschwankungen** 303 **und Erpressbarkeit**

304 Nicht nur die drohende Überhitzung der Erdatmosphäre, sondern auch die unsichere
305 Versorgungslage spricht für eine regionale, auf erneuerbare Quellen setzende Energiewirtschaft. Die
306 Abhängigkeit von importiertem Erdgas, Erdöl, Kohle und Uran macht uns erpressbar und setzt unsere
307 Wirtschaft unkalkulierbaren Preisschwankungen aus. Erneuerbar und regional – das heißt auch: Es
308 gibt echte Chancen für mittelständische, landwirtschaftliche und kommunale Unternehmen in
309 Bürgerhand – unabhängig von alten Konzernstrukturen.

310 Deshalb setzen wir uns für die Regionalisierung der Energieversorgung ein und streben die
311 Versorgung Hessens zu 100% aus erneuerbaren Energien bis 2030 an. Dazu brauchen wir die lokale
312 Erzeugung und den Handel mit Energie auf kurzem Wege für alle Bürgerinnen und Bürger sowie
313 Quartier-Energiekonzepte, die auch im Fall von Unterbrechungen der überregionalen
314 Energieversorgung eine Grundversorgung mit Energie sichern.

315 Bürokratische Hürden sind ab-, nicht aufzubauen. Um den Bedarf an neuen Fernleitungs-
316 Stromtrassen auf wenige erdverlegte Leitungen zu begrenzen, sind in Hessen zu fördern: Ein
317 ausgeglichener Mix von Photovoltaik- und Windkraftanlagen, der Einsatz von neuen Energie-
318 Speichertechnologien, Lastmanagement und flexibel betriebene Biogasanlagen, welche
319 Blühpflanzenmischungen, organische Abfälle und Gülle vergären. Den Bau neuer
320 Pumpspeicherkraftwerke lehnen wir aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes ab.

321 Die Nutzung erneuerbarer Energien ist als gesetzlicher Standard bei Neubauten, bei der Renovierung
322 von Altbauten und in der Bauleitplanung zu planen und überdies finanziell zu fördern. Bei
323 denkmalgeschützten Gebäuden ist eine die Bausubstanz wahrende und ästhetisch ansprechende
324 Lösung zu finden. Maßnahmen zur Wärmedämmung der Gebäudehülle sind mit recyclebaren
325 Materialien durchzuführen.

326 **Grund Nr. 22**

327 **Hessen gibt ein Beispiel mit 100% erneuerbarer Energie bei öffentlichen Gebäuden**

328 Das Land Hessen geht idealerweise mit gutem Beispiel voran bei der Umstellung der
329 Energieversorgung auf 100% erneuerbare Quellen. Alle öffentlichen Gebäude sind energetisch zu
330 sanieren und mit effizienten Heizungs- und Belüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung, mit
331 Elektro- bzw. EDV-Anlagen der höchsten Effizienzklasse auszustatten. Wo es möglich und sinnvoll ist,
332 sind Photovoltaik-, Solarthermieanlagen und Wärmepumpen an, auf und bei öffentlichen Gebäuden
333 zu installieren. Kommunen sind umfassend zu unterstützen mit klugen Konzepten für eine sichere
334 Versorgung mit Strom, Wärme und wasserstoffbasierten Grundstoffen für Gewerbe und Industrie
335 aus lokalen erneuerbaren Quellen, sowie bei der Erstellung integrierter Mobilitätskonzepte. Für die
336 beschriebenen Investitionen von Kommunen richtet Hessen einen hinreichend ausgestatteten Fonds
337 ein.

338 **Grund Nr. 23**

339 **Kein Fracking in Hessen und überall auf der Welt**

340 Wir lehnen Methoden wie Fracking entschieden ab, in Hessen und überall, ebenso wie Bohrungen in
341 sensiblen Gebieten (u.a. in Natur- oder Trinkwasserschutzgebieten sowie bei
342 Mineralwasservorkommen). Gesundes Trinkwasser hat Vorrang vor Profit.

343 **Grund Nr. 24**

344 **Hessen muss sein Windkraftpotenzial nutzen**

345 Wir setzen uns dafür ein, Windkraftanlagen mit einem Mindestabstand von 600 m zur
346 Wohnbebauung grundsätzlich zuzulassen, Vorranggebiete für die Windkraft zu ermitteln und in den
347 Regionalplänen auszuweisen. Dabei sind die Belange des Landschafts-, Natur-, Arten-, Denkmal- und
348 Lärmschutzes selbstverständlich zu berücksichtigen. Bürgerinnen und Bürger sind systematisch
349 einzubinden, sowohl bei der Entscheidungsfindung als auch bei der wirtschaftlichen Beteiligung an
350 neuen Windkraftanlagen (z.B. über Energiegenossenschaften). Für wirtschaftliche Anreize zum Bilden
351 von Energiegenossenschaften gilt es, kluge Anreize zu setzen.

352 **Grund Nr. 25**

353 **Kein Russisch Roulette mit dem Erdklima**

354 Die Klimaüberhitzung ist neben dem Artensterben und damit dem Verlust von Biodiversität bei
355 Tieren und Pflanzen das größte Zukunftsproblem und gefährdet alles, was Hessen prägt und die
356 Lebensqualität in Hessen ausmacht. Dem Ausstieg aus der Atomkraft muss darum der Ausstieg aus
357 fossilen Energien folgen, vollständig und bis 2030. Nur so kann das Risiko eines vollständigen
358 Klimakollapses in verantwortbaren Grenzen gehalten werden.

359 **Grund Nr. 26**

360 **Energiewende zur Chefsache machen: Superministerium für Umwelt-, Klima-, Verbraucherschutz
361 und Energiewende**

362 Vom Erfolg der Energiewende hängt unsere und die Zukunft der uns nachfolgenden Generationen
363 ab. Ein Kompetenzgerangel, das eine konsequente Energiewende verhindert, können wir uns nicht
364 leisten. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

365 Das Thema Energie ist aus dem Wirtschaftsministerium einem neuen Ministerium für Energiewende,
366 Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz zuzuordnen, in dem auch das bisherige Umweltministerium
367 aufgeht.

368 **Wir finden uns mit der Atomgefahr nicht ab!**

369 Die Atomkraft jetzt wieder als Lösung in die Diskussion einzubringen ist reine Augenwischerei. Sie ist
370 weder klimafreundlich noch billig. Die Atomkraft hat uns genug Probleme beschert. Wir haben bis
371 heute noch keine Lösung für die Endlagerung des radioaktiven Abfalls. Uran-Abbau ist
372 umweltzerstörend und erfolgt überwiegend in autokratisch regierten Staaten. Wie alle thermischen
373 Kraftwerke brauchen auch AKWs Kühlwasser, aber dies wird, wie in Frankreich geschehen, im

374 Sommer zunehmend knapp. Atom-Technologie fördert die Verbreitung von Atomwaffen. Die
375 Anreicherung von spaltbarem Uran produziert als Nebenprodukt toxisches Uran-238, das wegen
376 seiner Schwere für Munition verwendet wird, die auch nach Ende der Kämpfe noch das Einsatzgebiet
377 verseucht.

378 **Grund Nr. 27**

379 **Aufbau von Hochsicherheits-Zwischenlagern**

380 Da eine erfolgreiche Suche und Errichtung eines sicheren Atommüll-Endlagers noch für Jahrzehnte
381 unwahrscheinlich ist, fordern wir: Die jetzigen unsicheren Zwischenlager sind durch sabotagesichere
382 Hochsicherheitszwischenlager mit weiträumigen Flugverbotszonen zu ersetzen. Betreiber dieser
383 atomaren Lagerstätten muss der Staat bzw. eine Staatengemeinschaft sein, da kein Energieversorger
384 diese langen Zeiträume überdauert.

385 **Grund Nr. 28**

386 **Kein Rütteln am Atomausstieg**

387 Der lebensgefährliche Betrieb von Atomkraftwerken darf nicht verlängert oder wieder aufgenommen
388 werden. Neue Atomkraftwerke dürfen nicht gebaut werden. Strom aus erneuerbaren Energien ist
389 schneller verfügbar, sicherer und günstiger.

390 **Grund Nr. 29**

391 **Schließung der Atomkraftwerke in den benachbarten Ländern**

392 Es müssen europäische Ausstiegsszenarien für alle anderen europäischen Atomkraftwerke entworfen
393 und Ersatztechnologien angeboten werden. Der Euratomvertrag ist zu kündigen.

394 **Mobil sein – mit Verantwortung!**

395 Aufgabe der Politik ist nicht, immer mehr Verkehr zu ermöglichen, sondern Szenarien zu schaffen, in
396 denen immer weniger Verkehr nötig ist. Der Verbrennungsmotor verliert an Bedeutung. Wir sind für
397 einen Ausbau und Förderung von E-Mobilität dort wo sie sinnvoll ist. Wir sind dafür auch weiteren
398 alternative Antriebssystemen, wie „grüner Wasserstoff“ eine Chance zu geben, wenn sie in einem
399 Einsatzbereich ökologisch und ökonomisch vorteilhaft sind. Wir sind für einen Wandel hin zu einer
400 nachhaltigen ökologischen und sozialen Mobilität in Verbindung mit einem ÖPNV, der seinen Namen
401 verdient. Der sukzessive Aufbau und die Weiterentwicklung des ÖPNV ermöglichen es, PKWs häufiger
402 in der Garage zu lassen. Dieser Umbau wird den Individualverkehr weder einschränken noch
403 Bevölkerungsgruppen oder Regionen benachteiligen.

404 **Grund Nr. 30**

405 **Flächenverbrauch für Verkehrswege ist klimaschädlich**

406 Wir sind für ein Stopp von Flächenverbrauch für neue Verkehrswege die ausschließlich dem „Auto-
407 Individualverkehr“ dienen.

408 **Grund Nr. 31**

409 **Tempolimit für Sicherheit, Energieeinsparung und Lebensqualität**

410 Wir fordern ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h außerorts sowie ein
411 grundsätzliches Tempolimit von 30 km/h in Wohngebieten und Innerorts. Auf ausgewiesenen
412 Durchgangsstraßen gilt weiterhin Tempo 50 km/h. Dies führt zu einem besseren Verkehrsfluss,
413 Energieeinsparung, einem geringeren CO₂-Ausstoß, niedrigeren Unfallzahlen und zu entspannterem
414 Fahren. Wir fordern ein Dieselfahrverbot in den Städten, wenn die Stickoxidgrenzwerte überschritten
415 werden, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

416 **Grund Nr. 32**

417 **Mobilität mit weniger Verkehr**

418 Unser Ziel ist eine ökosoziale Mobilitätswende, die Verkehr reduziert und für alle unkompliziert und
419 erschwinglich macht. Dadurch werden Energie, Rohstoffe, Flächen und Kosten gespart, die
420 Atmosphäre vor Klimagasen und Umweltverschmutzung geschützt und Anwohnerinnen und

421 Anwohner von Lärm verschont. Kernelemente der Mobilitätswende sind ein überall verfügbarer
422 ÖPNV und gute Bahnverbindungen, außerdem ausgebaute Rad- und Fußwegenetze, Sharing-
423 Angebote und Ruf-Taxis sowie eine gute Vernetzung all dieser Verkehrsoptionen. Damit können der
424 motorisierte Individualverkehr und seine negativen Auswirkungen wie Flächenverbrauch, Lärm,
425 Reifenabrieb u. a. deutlich reduziert werden.

426 **Grund Nr. 33**

427 **Elektrifizierung des verbleibenden motorisierten Individualverkehrs**

428 Verbrennungsmotoren sind ineffizient und führen zu einer hohen Feinstaub-, Stickoxid- und
429 Lärmbelastung. Der im Rahmen einer ökosozialen Mobilitätswende verbleibende motorisierte
430 Individualverkehr sollte darum möglichst schnell auf elektrische Antriebe umgestellt werden. Dies ist
431 durch den Aufbau eines dichten und flächendeckenden Netzes von Ladestationen sowie bevorzugte
432 Behandlung von E-Fahrzeugen etwa bei der Nutzung von Parkplätzen zu fördern. Die staatlichen und
433 kommunalen Fuhrparke sind ab sofort auf verbrauchsarme und flächensparende Fahrzeuge mit
434 Elektroantrieb umzustellen, je nach Anwendung mit Batterie oder mit Brennstoffzelle und
435 Wasserstofftank.

436

437 **Grund Nr. 34**

438 **Ausbau und Qualitätsverbesserung beim öffentlichen Personennahverkehr in ganz Hessen**

439 Modernisierte Schienen- und Busverbindungen in den Regionen Hessens mit einem breiten Angebot
440 würden die Autoverkehrsbelastung reduzieren: Ziele sind dichte Liniennetze für den hessischen
441 ÖPNV und seine Busse, sieben Tage die Woche mindestens halbstündlich von früh bis abends,
442 ergänzt durch Anrufsysteme (Anrufsammeltaxi). Staatliche Zuschüsse reduzieren die Fahrpreise und
443 machen den ÖPNV attraktiv. Die Rad-Beförderung und die sichere Abstellung von Fahrrädern an
444 Haltestellen gehören dazu.

445 **Grund Nr. 35**

446 **Kein Ausbau von Flughäfen – Gerechte Besteuerung des Flugverkehrs**

447 Das Flugzeug ist das umweltschädlichste Verkehrsmittel. Das monströse Luftverkehrswachstum hat
448 massive Folgen für die gesetzten Klimaschutzziele. Gleiches gilt für den weiteren Ausbau und die
449 Subventionierung von Regionalflughäfen. Solche Maßnahmen schädigen nicht nur das Klima,
450 sondern gefährden die Gesundheit aller. Hessen muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die
451 Subventionierung des innerdeutschen Flugverkehrs abgebaut und Chancengleichheit zwischen den
452 verschiedenen Verkehrsträgern geschaffen wird: es fehlen eine Kerosinsteuer und z.B. eine
453 Mehrwertsteuer auf alle Flugtickets. Kurzstreckenflüge sind durch entsprechende Bahnangebote zu
454 ersetzen.

455 **Grund Nr. 36**

456 **Kassel-Calden einer sinnvollen Nutzung zuführen**

457 Die landespolitische Fehlleistung schlechthin, der Flughafen Kassel-Calden, ist sofort stillzulegen und
458 einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Erstmals haben wir die Gelegenheit, einen Flughafen in ein
459 nachhaltig gestaltetes Wohn- und Gewerbegebiet, in dem unter anderem Produktions- und
460 Forschungsstätten für umweltschonende Technologien, regenerative Energien und nachhaltige Land-
461 wirtschaft angesiedelt sein sollten, umzuwandeln.

462 **Grund Nr. 37**

463 **Schiennetz in öffentlicher Hand**

464 Ein leistungsfähiges Schiennetz ist für ein zukunftssicheres Verkehrssystem unverzichtbar. Deshalb
465 treten wir dafür ein, das Schiennetz und das Straßennetz als Gut der gesamten Bürgerschaft in
466 öffentlichem Eigentum zu belassen.

467 **Grund Nr. 38**

468 **Fahrrad- und fußgängerfreundliche Städte und Gemeinden**

469 Energieeinsparung, Gesundheit und Klimaschutz werden durch Zu-Fuß-gehen oder Fahrrad-fahren
470 wesentlich verbessert. Die Infrastruktur dafür ist in allen Kommunen, nicht zuletzt auch im Interesse

471 der Verkehrssicherheit, zu verbessern. Fahrradkonzepte sind zu erstellen und zu fördern. Durch ein
472 engmaschiges Fußwegenetz, sichere und häufige Querungen innerörtlicher Straßen und eine
473 attraktive Gestaltung der öffentlichen Räume wird das Zu-Fuß-gehen gefördert und die Ortskerne
474 erfahren eine Belebung.

475 **Grund Nr. 39**

476 **Vorrang der Schiene vor der Straße**

477 Die ÖDP will den Güter- und Personenverkehr in möglichst großem Umfang von der Straße auf die
478 Schiene verlagern. Das Schienennetz ist vorrangig vor neuen Straßen und Autobahnen ökologisch
479 verträglich auszubauen. Fernbusse, die das Straßennetz unentgeltlich nutzen, und die Zulassungen
480 von „Gigalinern“ setzen das falsche Signal. Das Land Hessen ist aufgefordert, im Bundesrat und in
481 anderen maßgebenden Gremien auf eine entsprechende Bundesgesetzgebung hinzuwirken.

482 **Gemeinwohl-Ökonomie - ökosozial statt marktradikal!**

483 **Grund Nr. 40**

484 **ÖDP – die Partei des Gemeinwohls**

485 Unser Leitbild ist eine Marktwirtschaft, die Werte respektiert und fairem Handel Vorrang vor
486 Gewinnmaximierung einräumt. Die Wirtschaft ist nicht nur kommerziellem Erfolg, sondern auch den
487 Geboten der Nachhaltigkeit und der Gemeinwohlorientierung verpflichtet, *„Die gesamte
488 wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines
489 menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Verbesserung des Lebensstandards aller
490 Bevölkerungsschichten.“*

491 Wir sind gegen einseitige Lobbyarbeit der Wirtschaftsverbände und fordern einen Ethikrat für jede
492 Wirtschaftsbranche.

493 **Grund Nr. 41**

494 **Das Gemeinwohl ist Ziel des wirtschaftlichen Handelns in einer ökosozialen Marktwirtschaft**

495 Angesichts der existenziellen Bedrohung der Lebensgrundlagen und der gegenseitigen Abhängigkeit
496 aller Menschen auf unserem Planeten müssen künftige Generationen und alle Menschen der Einen
497 Welt mit in den Blick genommen werden. Deshalb gilt für uns das Leitbild einer ökosozialen
498 Marktwirtschaft auf der Basis fairer Welthandelsbeziehungen und der Vorsorge für künftige
499 Generationen. Das Lieferkettengesetz ist dazu nur ein sehr bescheidener Anfang.

500 Unternehmen, die zusätzlich zur herkömmlichen ökonomischen Bilanz eine „Gemeinwohlbilanz“
501 aufstellen und dabei Mindestergebnisse erzielen, sollen steuerliche Vorteile genießen. Gemeinwohl-
502 Kriterien sind z.B. familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Klimaschutzaktivitäten,
503 Arbeitsplatzsicherheit, Aktivitäten zur Vermögensbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
504 Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, schadstoffarme und der Gesundheit zuträgliche
505 Produkte und Produktionsbedingungen. Öffentlich-rechtlich organisierte Unternehmen müssen
506 vorbildhaft Gemeinwohlbilanzen erstellen. Mit Kammern und Verbänden (Handwerk, Landwirtschaft,
507 Handel, Industrie) sind seitens der Landesregierung Vereinbarungen zur Entwicklung der
508 Gemeinwohl-Ökonomie abzuschließen.

509 **Grund Nr. 42**

510 **Arbeit von Steuern und Abgaben entlasten – Belastungen für die Nutzung von Gemeingütern und 511 leistungslose Einkommen**

512 Wir treten ein für eine schrittweise umfassende Steuerreform zugunsten von Arbeit und Umwelt. Die
513 extrem hohen Sozialabgaben und Steuern auf Löhne und Gehälter sind aus ökosozialen und
514 ökonomischen Gründen unsinnig und schädlich.

515 Lohn auf Arbeit ist steuerlich zu entlasten. Leistungslose Einkommen aus Kapitalerträgen,
516 Spekulationsgeschäften und Finanztransaktionen sind zu belasten genauso wie die Nutzung von
517 Gemeingütern wie Energie, Wasser, Rohstoffe, Flächen, Daten und Wissen. Ent- und Belastungen

518 sind sozial ausgewogen vorzunehmen, so dass sich die gesellschaftliche Ungleichverteilung von
519 Vermögen, Nettoeinkommen und die Nutzung von Gemeingütern zunehmend verringert.

520 Damit entstehen Anreize zur effizienten und sozial ausgewogenen Nutzung von Gemeingütern.
521 Gesellschaftliche Teilhabe durch legale Arbeit wird für Unternehmen bezahlbar, Schwarzarbeit wird
522 weniger attraktiv. Vor allem Dienstleistungen (Pflege, Krankenhaus, Kindergarten), aber auch
523 Forschung und Entwicklung sowie die Reparaturarbeit werden auf diese Weise gefördert.

524 Besteuern wir Ressourcenverbrauch, Verschwendung sowie Wegwerfökonomie und belohnen wir
525 Verhalten von Kreislaufwirtschaft, Kooperation, Synergie und Care-Ökonomie.

526 **Grund Nr. 43**

527 **Wir fordern die Schaffung gleichwertiger Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in allen Landesteilen**

528 Innerhalb Deutschlands und vor allem auch innerhalb Hessens herrschen und entstehen völlig
529 unterschiedliche Wirtschafts- und Lebensbedingungen. Dies führt zu Wanderbewegungen, zu
530 verlassenen Regionen auf der einen Seite und zu Überhitzungen und ungesunden
531 Wachstumsprozessen an anderer Stelle. Einseitige öffentliche Investitionen in die Infrastruktur der
532 „Boom-Regionen“ lehnen wir ab, damit gleichwertige Lebensbedingungen überall in Hessen
533 herrschen.

534 **Grund Nr. 44**

535 **Lobby mit Transparenz in die Schranken weisen**

536 Wir unterstützen die Forderungen von „Lobby-Control“, eine verpflichtende „Lobby-Spur“ sichtbar zu
537 machen. Das bedeutet, dass alle Kontakte von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern mit
538 Interessenvertreterinnen und Lobbyisten im Verlauf der Gesetzgebung verpflichtend transparent,
539 vollständig und proaktiv dargestellt werden. Lobby-Control begründet diese Forderung wie folgt: „So
540 wird beispielsweise sichtbar, inwieweit sich bestimmte Interessengruppen durchsetzen konnten, und
541 welche Interessen eventuell gar nicht berücksichtigt wurden. Dadurch können auch die möglichen
542 Folgen neuer Gesetze besser eingeschätzt und diskutiert werden. Schwachpunkte können ebenfalls
543 effektiver aufgespürt und noch rechtzeitig behoben werden.“

544 **Grund Nr. 45**

545 **Staatliche Leistungen nicht auf private Konzerne verschieben**

546 Wir lehnen die kostenintensive Verschiebung staatlicher Leistungen auf private Konzerne (z.B. Bau
547 und Betrieb von Autobahnen, öffentlichen Bauten) entschieden ab. Das sogenannte PPP (Public-
548 Private-Partnership) ist durch Beurteilung der Rechnungshöfe als Belastung für die öffentlichen
549 Haushalte entlarvt und damit keine Option.

550 **Grund Nr. 46**

551 **Die Trinkwasserversorgung darf nicht privatisiert werden**

552 Marktradikale Ideologen versuchen immer wieder die Privatisierung von Gemeingütern als
553 Allheilmittel durchzusetzen (z. B. durch internationale Handelsverträge wie TISA, CETA, TTIP). Wir
554 treten dafür ein, die Grundversorgung in öffentlich-rechtlicher Verantwortung (z. B. bei den
555 Kommunen) zu belassen. Die Trinkwasserversorgung gehört unbedingt dazu.

556 **Grund Nr. 47**

557 **Ausschreibung und Beschaffung der öffentlichen Hand nicht nur nach wirtschaftlichen Kriterien**

558 Alle staatlichen Ebenen müssen ihre Möglichkeiten nutzen, Ausschreibung und Beschaffung ökosozial
559 zu gestalten, so dass neben dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit auch die Grundsätze der Ökologie,
560 der Regionalität, des Fairen Handels und der Nachhaltigkeit gelten (vgl. Grund Nr. 2).

561 **Grund Nr. 48**

562 **Bildungseinrichtungen müssen wieder frei von Konsumwerbung werden**

563 Die Wirtschaft dringt in alle Lebensbereiche ein. Selbst in die Schulen und Universitäten drängen
564 Firmen mit Sponsoring und Werbung. Diese Entwicklung halten wir für falsch. Wirtschaft und
565 öffentliche Daseinsfürsorge sind strikt zu trennen.

566 **Grund Nr. 49**

567 **Auskömmliche Mindestlöhne Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit**

568 Laut Artikel 33 der Hessischen Verfassung muss das Arbeitsentgelt der Leistung entsprechen und zum
569 Lebensbedarf für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten ausreichen. Frauen, Jugendliche
570 und Männer erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn. Dieser Verfassungsaussage fühlen wir uns
571 verpflichtet! Mindestlöhne dürfen auch nicht durch Handelsabkommen wie TISA unterlaufen
572 werden. Bei der Vergabe von Aufträgen durch Landesbehörden dürfen nur Firmen berücksichtigt
573 werden, die den Mindestlohn zahlen.

574 **Grund Nr. 50**

575 **Spürbare Anerkennung für Ausbildungsbetriebe – Die Sozialbeiträge für Lehrlinge werden aus der
576 Steuerkasse bezahlt**

577 Ausbildungsbetriebe leisten Wertvolles für die Allgemeinheit. Deshalb wollen wir, dass die
578 Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die Ausbildungsvergütung entfallen und solidarisch
579 aus der Steuerkasse bezahlt werden. Für Ausbildungsverhältnisse und Prüfungen dürfen keine
580 Kammergebühren erhoben werden.

581 **Grund Nr. 51**

582 **Für eine bessere finanzielle Ausstattung der Schuldnerberatung**

583 Die Verschuldung von Privatpersonen nimmt zu. Deshalb fordern wir den Ausbau und eine bessere
584 Ausstattung der Schuldner-Beratungsstellen durch das Land Hessen ein, was durch die Kreditinstitute
585 mit 0,1% der Abschlusssumme aller Konsumentenkredite und Ratenzahlungsvereinbarungen
586 finanziert werden soll.

587 **Wir werden im Parlament den Familien ein verlässlicher Partner
588 sein**

589 **Grund Nr. 52**

590 **Kinderbetreuung und Pflege in Familien fördern**

591 Die familiäre Erziehungsarbeit für Kinder unter drei Jahren und/oder familiäre Care-Arbeit in Pflege
592 wird durch eine Vergütung honoriert und aufgewertet. Im Anschluss an das Elterngeld des Bundes
593 soll das Land Hessen zwei Jahre lang ein monatliches Landeserziehungsgeld zahlen, das den Kosten
594 eines Krippenplatzes pro Kind und Monat entspricht. Dieses erhöhte Landeserziehungsgeld soll den
595 Eltern ohne finanzielle Zwänge die freie Entscheidung ermöglichen, ob sie ihre unter-dreijährigen
596 Kinder familiär betreuen oder in eine öffentliche Kita geben.

597 **Grund Nr. 53**

598 **Für ein familiengerechtes Rentensystem – Grundrente aus Steuern finanzieren – die
599 Erziehungsleistung der Eltern als Rentenbeitrag honorieren**

600 Von Hessen sollte der Anstoß kommen, ein wirklich familiengerechtes Rentensystem zu schaffen:
601 Eltern müssen heute für die Kosten der Kinder aufkommen und Beiträge für die Versorgung der
602 Rentnergeneration zahlen. Wir fordern ein familiengerechtes Rentensystem, bei dem eine
603 Grundrente für alle aus Steuern auf jedes Einkommen - auch auf leistungslose Erträge - finanziert
604 wird. Die Erziehungsleistung der Eltern muss als Rentenbeitrag honoriert werden! Der Eintritt in das
605 Rentenalter muss flexibel gestaltbar sein.

606 Durch das Rentenrecht werden alle heutigen Kinder verpflichtet, später allen heute Erwerbstätigen,
607 auch denen, die selbst keine Kinder hatten, eine Rente zu finanzieren. Eltern erhalten dafür bisher
608 keine angemessene Gegenleistung. Darin liegt die Hauptursache für die zunehmende Verarmung der
609 Familien. Eltern und Kinder haben daher den Anspruch auf Solidarität, der am besten durch ein
610 Gehalt für familiäre Sorgearbeit, d.h. „Care-Arbeit“ erfüllt werden kann.

611 **Grund Nr. 54**

612 **Für eine realistische Berechnung der Aufwendungen für Kinder**

613 Alle kinderbezogenen Leistungen müssen jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung
614 angepasst und dynamisiert werden. Zum Vergleich: Die Bezüge der Landtags- und
615 Bundestagsabgeordneten werden mit einer Automatik-Formel jährlich an die Lohn- und
616 Gehaltsentwicklung angepasst! Eine solche Anpassung ist für das Kindergeld ebenfalls erforderlich.

617 **Grund Nr. 55**

618 **Das Land muss ein Beispiel geben und die Arbeitswelt in seinen eigenen Einrichtungen
619 familiengerecht gestalten und Teilzeitleösungen fördern**

620 Die ÖDP fordert familienfreundliche Arbeitszeiten für Eltern. Insbesondere Alleinerziehende
621 bedürfen des besonderen Schutzes der Gesellschaft. Die Arbeitszeiten müssen den Bedürfnissen von
622 Kindern und Eltern angepasst werden. Mütter und Väter mit Kindern unter drei Jahren sollen z.B.
623 selbst entscheiden können, ob sie Nachtarbeit leisten wollen. Die Wirtschaft muss den Familien
624 dienen, nicht umgekehrt. Das Land Hessen muss Teilzeit und die Rückkehr auf Vollzeit in seinen
625 eigenen und den kommunalen Einrichtungen ermöglichen.

626 **Wir wissen: Schulen und Kindergärten müssen ermutigen und
627 individuell fördern**

628 **Grund Nr. 56**

629 **Veränderung tut not**

630 Wer immer nur das versucht, was er bisher versucht hat, wird auch nur das erreichen, was er bisher
631 erreicht hat. Wer etwas Anderes, Besseres erreichen will, muss etwas tun, was er bisher unterlassen
632 hat. Ein wesentlicher Punkt der verändert werden muss, ist die Betrachtung der Kinder und
633 Jugendlichen als Objekt. Sie werden behandelt, beurteilt und einsortiert um sie zu funktionierenden
634 Produktionsfaktoren zu machen. Probieren wir etwas Neues. Geben wir ihnen ihre Subjektivität
635 zurück. Berücksichtigen wir ihre Bedürfnisse und Neigungen.
636 Lassen wir den Unterricht erst um 9 Uhr beginnen. Dies entspricht viel mehr dem Biorhythmus junger
637 Menschen. Verändern wir das Beurteilungssystem. Bis zur 4 Klasse keine Schulnoten. Was ist schon
638 gut, was ist schlecht? Wir behandeln junge Menschen wie Schüttgut, das sortiert wird. Wer durch die
639 Maschen fällt, ist aussortiert.

640

641 **Grund Nr. 57**

642 **Aufstiegschancen in allen Schulzweigen – Bildungskarrieren müssen von allen Ausgangspunkten
643 möglich werden**

644 Das gegliederte Schulsystem ist nur dann akzeptabel, wenn die größtmögliche Durchlässigkeit
645 garantiert wird. Von jedem Startpunkt – auch von der Haupt-/Mittelschule aus – muss für begabte
646 Kinder zu einem späteren Zeitpunkt noch jede Bildungskarriere möglich sein.

647 **Grund Nr. 58**

648 **Wir treten für eine längere gemeinsame Schulzeit ein**

649 Wir halten die frühe Übertrittsentscheidung nach der vierten Klasse und den dadurch entstehenden
650 übermäßigen Leistungsdruck für falsch. Die angeborene Lust am Lernen wird dadurch oft genug in ihr
651 Gegenteil verkehrt. Die ÖDP fordert daher eine gemeinsame Schulzeit bis zur einschließlich 6.
652 Jahrgangsstufe.

653 Wir streben eine Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern an, die die Eltern als
654 kompetente Partner anerkennt. Ihre Erziehungskompetenz soll durch Bildungsangebote an Schulen
655 und Kindergärten gefördert werden, am besten in Kooperation mit den Trägern der
656 Erwachsenenbildung.

657

658 **Grund Nr. 59**

659 **Mehr Individuelle Förderung für jedes Kind durch eine zweite pädagogische Kraft in jeder**
660 **Grundschulklasse**

661 Der Streit um das beste Schulsystem wird nie enden. Eines gilt jedoch für alle Schularten und
662 Systeme: Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Förderung.

663 In den Ländern mit guten Schulerfolgen stehen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern mehrere
664 zusätzliche Helfer (Studierende, Förderlehrkräfte, nebenamtliche Hilfskräfte, freiwillige Aktiv-
665 Senioren etc.) an der Seite, um leistungsfähigen Kindern zusätzliche Anregungen zu vermitteln oder
666 hilfsbedürftigen den Stoff nahezubringen.

667 Unabhängig vom Schulsystem wäre das auch in unseren hessischen Schulen sinnvoll. Deshalb treten
668 wir für eine zweite pädagogische Kraft in jeder Grundschulklasse und in Mittelschulklassen in
669 sozialen Brennpunkten ein, als Einstieg in eine verbesserte individuelle Förderung der Schülerinnen
670 und Schüler.

671 **Grund Nr. 60**

672 **Keine Klassen mit über 25 Kindern/Jugendlichen – Den Lehrbedarf realistisch planen**

673 Unterschiedliche Vorbildung in den Elternhäusern, immer häufiger auftretende Lernstörungen und
674 psychisch-soziale Probleme erfordern eine stärkere Differenzierung und verlangen intensivere
675 erzieherische Bemühungen. Das geht nur in kleineren Klassen. Wir fordern Klassenstärken von 20
676 Kindern bzw. Jugendlichen. Bei mehr als 25 Schülerinnen/Schülern ist die Klasse zwingend zu teilen.
677 Der Lehrkräftebedarf ist langfristig und so zu planen, dass es in keinem Fall zu Lehrermangel kommen
678 kann. Mobile Reserven sind in allen Schularten fest einzuplanen.

679 **Grund Nr. 61**

680 **Kleinere Schulen – Schülerzahl begrenzen**

681 In der Anonymität übergroßer Schulen liegt der Keim für wachsende soziale Probleme. Daran leiden
682 alle am Schulleben Beteiligten.

683 Neben der Begrenzung der Klassenstärken fordern wir deshalb eine Begrenzung der Höchstzahl an
684 Schülerinnen und Schülern einer Schule. Eine allgemeinbildende Schule, unabhängig von der
685 Schulart, sollte nicht mehr als 1.000 Schülerinnen und Schüler umfassen. Erfolgreiche Erziehung und
686 Bildung bedingen persönliche Beziehungen in überschaubaren Einheiten. Daher sollen auch Klassen
687 weitergeführt werden, wenn weniger als 15 Kinder/Jugendliche in einem Jahrgang an einer Schule
688 sind.

689 **Grund Nr. 62**

690 **Kurze Beine – kurze Wege – Schulen am Lebensort der Kinder**

691 Der Tendenz zu immer weiteren und aufwändigeren Schulwegen immer jüngerer Schülerinnen und
692 Schüler muss entgegengewirkt werden. Schulen im ländlichen Bereich sind zu erhalten und
693 gegebenenfalls wieder zu öffnen. Dabei können auch jahrgangsgemischte Klassen eine sinnvolle
694 Option sein. Die „Schule im Dorf“ ist die Basis dafür, dass Kinder einen Bezug zu Leben, Religion und
695 Kultur des Heimatraumes entwickeln.

696 **Grund Nr. 63**

697 **Freie Schulwahl**

698 Allen Eltern soll eine freie Schulwahl mit dem für ihre Kinder passendsten pädagogischen Konzept
699 ermöglicht werden. Daher sollen neben den öffentlichen Schulen auch die staatlich anerkannten und
700 genehmigten Ersatzschulen die gleiche finanzielle Ausstattung pro Schülerin/Schüler erhalten.
701 Förderschulen sind zu erhalten. Inklusion in Regelschulen erfordert entsprechendes zusätzliches
702 Personal. Zur freien Schulwahl gehört auch, dass Fahrtkostenzuschüsse gewährt werden, und zwar
703 zumindest in Höhe der Aufwendungen, die entstehen würden, wenn das Kind die nächstgelegene
704 Schule besuchen würde.

705

706 **Grund Nr. 64**

707 **Eine Schule für alle Sinne: Medienkompetenz – Musisches – Kochen können**

708 "Herz und Verstand" auszubilden, ist die wichtigste Aufgabe der Schulen. Der verfrühte oder
709 übermäßige Einsatz digitaler Medien, wie er neuerdings propagiert wird, lenkt genau davon ab und
710 stört die Entwicklung anstatt sie zu fördern.

711 Die Kinder brauchen motorische und sinnliche Erfahrung und Teamarbeit mit echten Menschen,
712 nicht mit Computern.

713 Wir fordern:

714 • ein verstärktes Gewicht auf lebenskundliche Fächer wie Hausarbeit, Gärtnern, Werken,
715 Kunst- und Theaterunterricht zu legen

716 • den völligen Verzicht auf Smartphones während des Unterrichts, zumindest in der
717 Grundschule

718 • in höheren Jahrgangsstufen einen wohldosierten Einsatz, z. B. als Rechercheinstrument

719 • die Erziehung zu einem kritischen Umgang mit Informationen und Medien und der
720 Befähigung, Fakten zu überprüfen

721 Wir treten dafür ein, in allen Schularten eine wichtige Alltagskompetenz für gutes Leben zu
722 vermitteln: Jedes Kind soll kochen können! Dabei geht es vor allem um die Erfahrung von
723 Selbstwirksamkeit und Freude am Genuss. Nebenbei können Einsichten in ökologische
724 Zusammenhänge, (un-)fairen Welthandel, Tierschutz und Gesundheitsvorsorge gewonnen werden.
725 Lernmittel sollen kostenlos zur Verfügung stehen und nicht durch Kopier- oder Papiergeld finanziert
726 werden.

727 **Grund Nr. 65**

728 **Integration fördern, heißt Sprachbarrieren abbauen**

729 Kinder, die in Hessen mit Deutsch als Fremdsprache aufwachsen, müssen früh sprachlich gefördert
730 werden. Der Stand der Fachwissenschaft und die Erfahrung von Lehrkräften zu diesem Thema ist,
731 dass das sogenannte "Sprachbad" in der Regelklasse unverzichtbar für den Spracherwerb ist.
732 Zusätzliche Deutschkurse sind sinnvoll; sie ersetzen aber nicht die positive Wirkung der Integration in
733 die Regelklasse. In Eltern-Kind-Gruppen und vor allem in den Kindergärten sind solche Kinder durch
734 geschultes Fachpersonal gezielt zu fördern, damit sie beide Sprachen bestmöglich beherrschen.
735 Unterstützend sind kostenlose Deutschkurse für die Eltern („Mama und Papa lernen Deutsch!“)
736 anzubieten.

737 Bei Kindern mit höherem Förderbedarf, etwa mit Trisomie 21 (Down-Syndrom), hat sich bereits der
738 Einsatz gebärdensunterstützter Kommunikation (GuK) bewährt. Bimodal-bilinguale Kindergärten mit
739 Deutsch und Deutscher Gebärdensprache (DGS) als Kommunikationsoptionen sind eine Bereicherung
740 für gehörlose, schwerhörige und hörende Kinder. Auf diesen Erfahrungen aufbauend ist DGS als
741 Wahlfach an allen weiterführenden Schulen anzubieten und die Ausbildung von Lehrkräften und
742 Dolmetscherinnen und Dolmetschern für DGS auszubauen. Mit der Verbreitung von DGS als
743 alternativer Kommunikationsmöglichkeit zur Lautsprache wird auch älteren Menschen die Chance
744 geboten bei fortschreitendem Verlust des Hörvermögens zu kommunizieren und Kontakte zu
745 pflegen.

746 **Grund Nr. 66**

747 **An jeder Schule soll mindestens ein/e Sozialpädagoge/in arbeiten**

748 Für jede Schule muss Schulsozialarbeit zur Norm werden. Sie muss als Teil des Schulangebotes vom
749 Staat verantwortet werden und darf nicht den Kommunen angelastet werden.

750 Die Vielzahl der neuen Erziehungsprobleme, aber auch die ganz normalen Probleme während der
751 Pubertät belasten den täglichen Schulalltag und behindern oft den Lernfortschritt. Deshalb muss an

752 allen Schulen, auch den weiterführenden, in Abhängigkeit von der Schülerzahl mindestens eine
753 Sozialpädagogenstelle eingerichtet werden.

754 **Grund Nr. 67**

755 **Lehrkräfte von Verwaltungstätigkeiten entlasten**

756 Lehrkräfte, insbesondere die Schulleitungen, sind von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten. Dazu
757 werden Fachkräfte gebraucht, die in vielen Fällen auch für mehrere Schulen am Ort oder auf der
758 Ebene von Verwaltungsgemeinschaften tätig sein können.

759 **Grund Nr. 68**

760 **Qualitätsorientierte Kinderbildung und -betreuung**

761 Die staatliche Bezuschussung der Kindertagesstätten muss starke Anreize für die Verbesserung des
762 Betreuungsschlüssels schaffen. Die Bindungsforschung fordert bei Kindern unter drei Jahren ein
763 Betreuungsverhältnis von 1:3 (eine Fachkraft auf drei Kinder). Außerdem muss eine verlässliche und
764 stabile Betreuungssituation Ziel der Fördersystematik sein. Jedes Kind muss wissen, welche Person in
765 der „Kita“ sich in besonderer Weise seiner annimmt. Der Betreuungsschlüssel für Kinder im Alter von
766 3 – 6 Jahren darf 7,5 in altersgemischten Gruppen nicht überschreiten. Je jünger die Kinder in der
767 Gruppe sind, umso mehr Betreuungskräfte werden benötigt. Die Aufwertung des Berufs
768 „Erzieher/in“ ist unabdingbar, ebenso wie eine faire Bezahlung. Wir fordern gute und verlässliche
769 Halbtagsbedingungen statt eines angesichts des Personalmangels in den Kitas und Schulen nicht
770 einlösbaren Rechts auf Ganztagsbetreuung.

771 **Wir wollen allen Menschen ein Leben in Würde sichern –**
772 **unabhängig von Alter oder Behinderung**

773 **Grund Nr. 69**

774 **Keine gewinnorientierten Träger bei Alten- und Pflegeheimen**

775 Alten- und Pflegeheime dürfen nur von nicht gewinnorientierten Trägern betrieben werden, z.B.
776 Aktiengesellschaften oder Finanzinvestoren scheiden damit aus. Der erwirtschaftete Gewinn muss,
777 neben notwendigen Investitionen zum Erhalt der Einrichtung, den Bewohnerinnen und Bewohnern
778 zugutekommen. Es handelt sich dabei zum Großteil um Gelder aus der gesetzlichen
779 Sozialversicherung, die nutzbringen für die Versicherten verwandt werden müssen.

780 **Grund Nr. 70**

781 **Umbau und Umstrukturierung der Altenheime auf neue Wohnformen**

782 Nötig ist ein Investitionsprogramm zur Umstrukturierung aller Einrichtungen auf neue Wohnformen,
783 in denen nachweislich Pflege und menschenwürdiges Leben alter Menschen besser gewährleistet
784 sind. Um dies zu ermöglichen, müssen viele Einrichtungen umgebaut werden: Küchen, Bäder und
785 Treffpunkte müssen dezentralisiert und für neue Wohnformen (z. B. Wohngruppen /
786 Hausgemeinschaften) eingerichtet werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass Altenheime
787 auch bei den künftig zu erwartenden Hitzewellen hinreichend kühl gehalten werden können. Die
788 natürlichen Hilfsmittel (umfassender Baumbestand und eine deutliche Verstärkung und
789 Qualifizierung von Bepflanzung und Bewuchs) und technischen Möglichkeiten (z.B. mit
790 Wärmepumpen, die heizen und kühlen können) sind heranzuziehen. Als Alternative zu klassischen
791 Altenheimen sollen Mehrgenerationenhäuser und andere Formen nachbarschaftlichen Wohnens
792 gefördert werden.

793 **Grund Nr. 71**

794 **Die Prüfung der Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen muss konzentriert werden**

795 Die Prüfung der Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen muss mindestens zweimal jährlich stattfinden.
796 Die vielfachen Prüfinstanzen (Hessische Ämter für Versorgung und Soziales Medizinischer Dienst,
797 Gewerbeaufsicht, Gesundheitsamt, Brandschutz, Baubehörde) sind zu bündeln; die
798 Heimbegutachtungen sind gemeinsam durchzuführen. Bei einer Überprüfung muss das
799 Wohlbefinden der Heimbewohnerinnen und -bewohner immer oberste Priorität haben und nicht die
800 formale Korrektheit der Dokumentation der täglichen Arbeit.

801 **Grund Nr. 72**

802 **Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege**

803 Die ÖDP tritt für eine bessere Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege ein. Ziel soll sein,
804 möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Es müssen neben den bestehenden
805 ambulanten Pflegediensten zusätzliche Hilfsstrukturen (Besuchs-, Hauswirtschafts-, Einkaufs-, Fahr-
806 und kleine Handwerkerdienste) weiter aufgebaut und besser gefördert werden, um den Menschen
807 nach einem stationären Krankenhausaufenthalt die Rückkehr und das Verbleiben in der eigenen
808 Wohnung zu ermöglichen. Solche Hilfsangebote bestehen teilweise bereits, sind aber oft zu wenig
809 bekannt, so dass hier neben verstärkter finanzieller Förderung auch eine bessere Vernetzung und
810 koordinierte Beratung (Pflegenetzwerk mit Lotsenfunktion) zu fordern ist.

811 **Grund Nr. 73**

812 **Familien bei der Pflege unterstützen**

813 Familie ist der wichtigste Ort für Pflege und Betreuung. Pflegende Angehörige leisten einen
814 gesellschaftlich und menschlich höchst wertvollen Dienst. Sie müssen, z.B. durch ein Pflegegehalt,
815 finanziell, arbeitsrechtlich und rentenrechtlich in die Lage versetzt werden, für pflegebedürftige
816 Angehörige in der gewohnten häuslichen Umgebung zu sorgen. (Vgl. Grund Nr. 52)

817 **Grund Nr. 74**

818 **Barrierefreiheit für alle Menschen**

819 Menschen mit Behinderung ist die volle Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen. Ein
820 barrierefreier Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Freizeit- und Kulturangeboten sowie zu allen
821 Verkehrsmitteln des ÖPNV muss selbstverständlich sein. Der Umsetzung dieses Zieles ist mehr
822 Schwung zu verleihen. Wir fordern zudem, den unbeschränkten Zugang zu Information im
823 öffentlichen Raum weiter auszubauen, etwa durch Verdolmetschung in Gebärdensprache für
824 Gehörlose oder entsprechende lautsprachliche Angebote für Blinde. Die Barrierefreiheit von
825 digitalen Angeboten öffentlicher Stellen ist weiter voranzutreiben. Angesichts der technologischen
826 Weiterentwicklung und wachsender Anforderungen ist gerade dieser Bereich gezielt zu fördern und
827 seitens des Staates entsprechende Kompetenz aufzubauen.

828 **Grund Nr. 75**

829 **Hessen barrierefrei – auch beim Wohnen**

830 Laut hessischer Bauordnung müssen in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen barrierefreie
831 Anforderungen erfüllt werden. Diese Regelungen müssen konsequent umgesetzt werden. Zur
832 Teilhabe am öffentlichen Leben braucht es den Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
833 (nicht nur bei Straßen und Wegen, sondern auch bei Zugängen zu Gebäuden). Auch für Menschen,
834 die von Allergien und Chemikalien- und oder Elektrosensibilität betroffen sind, gilt der Grundsatz der
835 Barrierefreiheit: in Schulen, Krankenhäusern, Seniorenheimen und ähnlichen Einrichtungen ist eine
836 Mindestzahl von Räumen besonders schadstoff- und elektrosmogarm zu gestalten.

837 **Grund Nr. 76**

838 **Das Land Hessen muss seine Quote bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung**
839 **erhöhen.**

840 Einen sinnvollen Arbeitsplatz zu haben, ist gerade für Menschen mit Behinderung besonders wichtig.
841 Das Land muss in dieser Frage selbst Vorbild sein. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung
842 ist ein wichtiges Kriterium bei der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz (vgl. Grund Nr. 40).

843

844 **Wir treten für ein gerechtes und leistungsfähiges**
845 **Gesundheitssystem ein!**

846 **Grund Nr. 77**

847 **Kein kommunales Krankenhaus soll künftig in privaten Konzernbesitz übergehen**

848 Kein bisher öffentlich-rechtlich geführtes Krankenhaus in Hessen soll künftig an einen privaten
849 Konzern verkauft werden müssen. Gesundheit und Pflege werden durch Pflichtbeiträge finanziert;
850 aus diesen Pflichtbeiträgen über private Konzernstrukturen Dividenden und Kapitalerträge zu
851 machen, ist nicht zu akzeptieren.

852 Um kommunal oder gemeinnützig geführte Kliniken dauerhaft zu erhalten, ist eine öffentlich-
853 rechtlich organisierte „hessische Krankenhaus-Holding“ zu gründen. Über diese kann nicht nur
854 kostengünstiger gemeinsam eingekauft werden, sondern z.B. auch Fortbildung und
855 Wissensaustausch organisiert werden. Vor allem aber kann die Holding im Krisenfall zur
856 Kapitalstärkung beitragen. Der Bund und Hessen müssen sich bei der Finanzierung von notwendigen
857 Sanierungsmaßnahmen viel stärker als bisher verantwortlich zeigen.

858 **Grund Nr. 78**

859 **Beibehaltung einer wohnortnahen Versorgung**

860 Um die flächendeckende, wohnortnahe Grundversorgung mit Krankenhäusern und Seniorenheimen
861 sicherzustellen, dürfen sich Bund und Land nicht aus der finanziellen Mitverantwortung stellen und
862 die kommunalen bzw. gemeinnützigen Betreiber im Regen stehen lassen.

863 Die Bezahlung der Behandlung von Krankenhauspatientinnen und -patienten über standardisierte
864 Diagnosegruppen (DRGs) ist weder der Individualität der kranken Menschen und ihren Krankheiten,
865 noch den Bedürfnissen der Krankenhäuser angemessen. Durch angemessene Honorierung aller im
866 Gesundheitswesen tätigen Personen und Institutionen ist die Versorgung in der Fläche
867 sicherzustellen. Renditeorientierte Medizinkonzerne werden keine ausreichende Grundversorgung
868 leisten.

869 **Grund Nr. 79**

870 **Wir stehen für ein solidarisches Gesundheitssystem, das vom Zwang der Gewinnmaximierung um**
871 **jeden Preis befreit ist**

872 Nur die persönliche Eigenverantwortung der Menschen für ihre Gesundheit sichert auf Dauer die
873 Bezahlbarkeit der Sozialsysteme. Eigenverantwortung erfordert aber auch Wahlmöglichkeiten.
874 Grundpfeiler sind die freie Arzt- und Apothekenwahl unter Anerkennung einer Lotsenfunktion der
875 Hausärztinnen und Hausärzte. Eine gerechte und ausreichende Finanzierung des Gesundheitssystems
876 soll künftig nach dem Modell der „Solidarversicherung für alle“ erfolgen.

877 Bürokratische Regelungen wie Rabattverträge lehnt die ÖDP ab, weil sie durch ständigen Wechsel
878 der Hersteller die Arzneimittelsicherheit für Patienten gefährden.

879 **Grund Nr. 80**

880 **Für eine flächendeckende Versorgung mit ärztlichen Diensten – pro Hausarztpraxis, kontra**
881 **Medizin-Konzerne**

882 Für eine flächendeckende Versorgung mit Hausärztinnen und Hausärzten spricht viel: Kurze Wege
883 sparen Energie. Alte Menschen können „medizinische Zentren“ oft nur schwer erreichen. Die

884 persönliche, oft langjährige Begleitung der Patientinnen und Patienten reduziert Kosten und
885 ermöglicht eine fachliche Koordination der Behandlungsprozesse im differenzierten
886 Gesundheitssystem. Hausarztpraxen sind gerade auf dem Land unerlässlich. Hessen arbeitet in der
887 Studienplatzvergabe daraufhin, den Medizinstudentinnen und -studenten bevorzugt einen Platz
888 anzubieten, die sich in geeigneter Weise verpflichten, die Aufgaben der Allgemeinmedizin in den
889 Landkreisen zu übernehmen und damit die wohnortnahe Versorgung und das gute Leben in allen
890 Teilen Hessens zu unterstützen.

891 **Grund Nr. 81**

892 **Wir verteidigen die persönlich-verantwortlich geführte Apotheke gegen anonyme „Apotheken- 893 Supermärkte“ und Internet-Verkäufe**

894 Wie die Hausarztpraxis ist die persönlich-verantwortlich geführte Apotheke für die Basisversorgung
895 vor allem auch im ländlichen Raum unverzichtbar. Nur so lässt sich eine sichere, flächendeckende
896 Rund-um-die-Uhr-Versorgung aufrechterhalten. Hessen muss dazu beitragen, die Gesetzgebung in
897 Bund und Europa so zu gestalten, dass beratungsarme „Apothekenketten“ verhindert werden
898 können. Die persönlich-verantwortlich geführte Apotheke gehört zur unabdingbaren Grundstruktur
899 der mittelständischen Wirtschaft mit einem hohen qualifizierten Arbeitsplatzangebot.

900 **Grund Nr. 82**

901 **Senkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel**

902 Wir befürworten eine Senkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel auf
903 den ermäßigten Steuersatz wie in anderen EU-Ländern. Dies bewirkt einerseits eine Senkung der
904 Krankenkassenausgaben für Arzneimittel, andererseits verbilligt es für die Bevölkerung den Preis
905 jener Arzneimittel, die sie selbst bezahlen müssen, auch im alternativ-medizinischen Bereich (vgl.
906 Grund Nr. 83).

907 **Grund Nr. 83**

908 **Für eine ausgewogene Kombination von Prävention und kurativer Medizin (unter Einschluss von 909 komplementären Heilverfahren)**

910 Die ÖDP setzt sich für die Anerkennung und Förderung wissenschaftlich gesicherter komplementärer
911 Heilverfahren ein. Dazu ist es notwendig, unabhängige Forschung an den Universitäten vor dem
912 Einfluss von Konzerninteressen zu schützen. Es sollten verstärkt Forschungsgelder auch für die
913 Erforschung alternativer und komplementärer Heilmittel und -verfahren gewährt werden. Die ÖDP
914 setzt sich dafür ein, verstärkt in Entwicklung von Diagnostik und Therapie seltener Erkrankungen zu
915 investieren, weil der Pharmaindustrie hier keine „Blockbuster“ winken. Forschungsnetzwerke der
916 Universitätskliniken in Hessen und der EU sind zu fördern und mit den niedergelassenen Arztpraxen
917 ist zu kooperieren.

918 Maßnahmen einer echten Gesundheitsvorsorge sind weiter auszubauen. Neben einer allgemeinen,
919 sachkundigen Aufklärung über gesunde Lebensführung bei Ernährung, Bewegung, Konsum und
920 Stress zählen hierzu auch umwelt- und arbeitsmedizinische Fragen. Diesen Vorsorgemaßnahmen
921 muss ein wesentlich höherer Stellenwert zukommen als bisher.

922 Der Schutz der Bevölkerung vor Umweltgiften, Genussgiften und gesundheitsschädlichen Produkten,
923 z. B. aus der Lebensmittelindustrie und der industriellen Landwirtschaft, muss Priorität vor deren
924 Profit haben

925 **Grund Nr. 84**

926 **Alle ärztlich verordneten Arzneimittel in den Leistungskatalog!**

927 Die ÖDP tritt dafür ein, dass ärztlich verordnete, apothekenpflichtige, pflanzliche und
928 homöopathische Arzneimittel wieder zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung
929 gehören. Medizinisch indizierte Vorsorgemaßnahmen nach ärztlichem Ermessen zu Lasten der
930 Krankenkassen sind ebenfalls zu gewähren. Die Arzneimittelherstellung muss wieder ins Land
931 zurückgeholt werden, um Engpässe und Abhängigkeiten zu vermeiden.

932 **Grund Nr. 85**

933 **Die „sprechende“ Medizin ist besser zu honorieren**

934 Künftig muss Hessen bei allen Änderungen im Gesundheitswesen darauf achten, dass die
935 „sprechende“ Medizin (ganzheitliche Betrachtung des Patienten, ausführliche Beratungsgespräche,
936 etc.) besser honoriert wird. Medizinisches Fachpersonal (Ärzteschaft/Pflegekräfte) braucht
937 Entlastung vom Bürokratismus und mehr Zeit für die Patienten.

938 **Grund Nr. 86**

939 **Erhaltung des Hebammensystems**

940 Gebärende haben ein Recht, sich Hebamme und Ort der Entbindung für kompetente Geburtshilfe
941 und Nachbetreuung in Wohnortnähe selbst auszusuchen. Diese Wahlfreiheit wird durch die
942 Schließung von Kreißsälen und Geburtskliniken eingeschränkt. Unerlässlich für die Absicherung des
943 Hebammensystems sind eine leistungsgerechte Bezahlung und ein Haftpflichtfonds, wie ihn der
944 deutsche Hebammenverband fordert. Eine natürliche Geburt darf nicht mit wirtschaftlichen
945 Maßstäben gemessen werden.

946 **Grund Nr. 87**

947 **Die Pflegeberufe in Hessen stärken, Fachlichkeit erhalten und ausbauen**

948 Die Ausbildung von Pflegeberufen soll gestärkt und attraktiver gestaltet werden. Nur mit genügend
949 Pflegekräften funktioniert ein Krankenhaus zufriedenstellend. An möglichst vielen Krankenhäusern
950 sollen Pflegeschulen gegründet werden, um den Nachwuchs für diesen Berufszweig zu begeistern
951 und gut auszubilden. Die Berufsbilder Hebamme, Operationstechnische/r Assistent/in (OTA),
952 Anästhesietechnische/r Assistent/in (ATA), Physiotherapeut/in, Ergotherapeut/in und Logopäde/in
953 sind zur Versorgung von kranken Menschen unbedingt nötig und dürfen nicht aus dem Pflegebudget
954 gestrichen werden. Das Pflegepersonal kann diese Aufgaben nicht übernehmen.

955 **Grund Nr. 88**

956 **Pflegekammer als Vertretung der Berufsgruppe der Pflegenden**

957 Pflegefachkräfte sind die am stärksten vertretene Berufsgruppe im Gesundheitssystem. Wie viele
958 Pflegefachkräfte in Hessen und im Bund beruflich aktiv sind, weiß heute keiner genau. Es ist nicht zu
959 akzeptieren, dass sie bis heute noch keine einheitliche Berufsvertretung besitzen. Die ÖDP setzt sich
960 für die Einführung einer hessischen Pflegekammer mit Beitrittspflicht aller Pflegefachkräfte ein.
961 Zusätzlich fordert die ÖDP eine Anhebung der Personalbemessungsgrenze in der ambulanten und
962 stationären Versorgung sowie eine bessere Bezahlung der Pflegefachkräfte. Die Verordnungshoheit
963 von Pflegehilfsmitteln und Verbandstoffen sollte Pflegefachkräften mit der nötigen
964 Zusatzqualifikation übertragen werden.

965 **Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk!**

966 **Grund Nr. 89**

967 **Moratorium für 5G im öffentlichen Raum und Baugenehmigungspflicht für sonstige Mobilfunk-
968 Sendeanlagen**

969 Solange die gesundheitliche Ungefährlichkeit von Mobilfunkstrahlung nicht nachgewiesen ist, ist der
970 Ausbau des 5G-Netzes im öffentlichen Raum einzustellen. Kommen 5G-Netze im nicht-öffentlichen
971 Raum, etwa in Produktionshallen zum Einsatz, ist die Gesundheit der Personen, die sich dort
972 regelmäßig aufhalten, durch unabhängige arbeitsmedizinische Überprüfung sorgfältig zu
973 überwachen.

974 Für sonstige Mobilfunk-Sendeanlagen fordert die ÖDP eine baurechtliche Genehmigungspflicht auf
975 der Versorgungsebene. Die bisherige Freistellung von Sendeanlagen von der
976 Baugenehmigungspflicht (10 m-Freigrenze) ist abzuschaffen.

977

978 **Grund Nr. 90**

979 **Grenzwerte und Planungskonzepte müssen sich am vorsorgenden Gesundheitsschutz orientieren**

980 Die von Staat und Industrie propagierte Sorglosigkeit im Umgang mit Mobilfunkstrahlung ist
981 fahrlässig und potenziell gefährlich. Wir verlangen einen konsequenten, vorsorgenden
982 Gesundheitsschutz und die Orientierung der Grenzwerte an der Intensität der natürlichen
983 elektromagnetischen Strahlung der Umgebung. Hessen muss entsprechend auf eine rasche und
984 wirksame Verschärfung der Grenzwerte für die Immission elektromagnetischer Strahlung (z.B. von
985 Funkwellen) drängen. Die Planung von Mobilfunknetzen muss den Aspekt des vorsorgenden
986 Gesundheitsschutzes zwingend und wirksam berücksichtigen. Forschung nach strahlungsarmen
987 Alternativen zur mobilen Kommunikation muss gefördert werden.

988 **Grund Nr. 91**

989 **Kabelgebundene Kommunikation in Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern**

990 Die Strahlung drahtloser Netzwerke (WLAN), schnurloser Digitaltelefone (DECT) und anderer
991 funkbasierter Kommunikationstechnologien können das Gesundheitsrisiko erhöhen. Deshalb müssen
992 vor allem in Kindergärten und Schulen, aber auch in Krankenhäusern und anderen öffentlichen
993 Gebäuden kabelgebundene Systeme installiert werden. Wir unterstützen entsprechende Warnungen
994 und Forderungen des Bundesamtes für Strahlenschutz sowie des Europarates. Für alle strahlenden
995 und funkenden Geräte im Haushaltsbereich und in der Telekommunikationstechnik sind verbindliche
996 und strenge Grenzwerte zu erlassen.

997 **Grund Nr. 92**

998 **Schnelles DSL für Stadt und Land – Glasfaser statt Funk – Netzneutralität erhalten**

999 Das Land Hessen muss flächendeckend für leistungsfähige, stabile, sichere und gesundheitlich
1000 unbedenkliche, kabelgebundene Übertragungswege sorgen und für den Erhalt der Netzneutralität
1001 eintreten. Einen flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes im öffentlichen Raum lehnen wir auf
1002 Grund der hohen Kosten und des hohen Energie- und Ressourcenverbrauchs auch dann ab, wenn die
1003 gesundheitliche Ungefährlichkeit nachgewiesen werden sollte.

1004 **Wir achten die Natur und stehen zum Erhalt der natürlichen**
1005 **Artenvielfalt sowie zum Schutz der Lebensräume von Mensch, Tier-**
1006 **und Pflanzenwelt!**

1007 Die Natur ist kein Raum oder Gebiet, wo wir mal kurz zum Urlaub hinfahren. Wir leben in und mit der
1008 Natur. Auch der Mensch ist Teil der Natur!

1009

1010 **Grund Nr. 93**

1011 **Der Schutz der Böden muss höchste Priorität erhalten**

1012 Der rigorose Flächenverbrauch für Siedlung, Gewerbe und Verkehr zulasten des Lebensraumes aller
1013 Geschöpfe und der Pflanzenwelt muss gestoppt werden. Wir fordern daher, mittelfristig den
1014 NettoFlächenverbrauch in Hessen komplett zu stoppen, bevor unsere Heimat vollständig unter Beton
1015 und Asphalt verschwunden ist. Als ersten Schritt fordern wir, den Flächenverbrauch kurzfristig auf
1016 einen Hektar pro Tag zu begrenzen.

1017 **Grund Nr. 94**

1018 **Schutz für natürliche Lebensräume – Sanierung geschädigter Bereiche – Ausbau und Vernetzung**
1019 **von Biotopen**

1020 Als Verteidiger der Lebensgrundlagen und der Schönheit von Natur und Landschaft wollen wir den
1021 Bestand natürlicher Lebensräume schützen, geschädigte Bereiche sanieren, Biotope schaffen und
1022 miteinander vernetzen. Die Vorgaben des Artenvielfalt-Volksbegehrens sind ohne Wenn und Aber
1023 umzusetzen: Schaffung eines räumlich oder funktionalen Biotopverbunds auf 13% des Offenlandes
1024 bis 2027. Freifließende und naturnahe Gewässer sind zu erhalten.

1025 **Grund Nr. 95**

1026 **Die hessischen Moore schützen**

1027 Retten wir die Moore, retten wir das Klima und schützen damit die Arten und die Biodiversität in
1028 Mooren und Moorböden. Wenn Hessen seine Klimaziele erreichen will, dann muss die Entwässerung
1029 unserer Moorlandschaften endlich gestoppt werden. Wir brauchen ein klares Bekenntnis des Landes
1030 Hessen, dass Schutz und Renaturierung aller Moore unverzichtbare staatliche Daueraufgaben sind.

1031 **Grund Nr. 96**

1032 **Die lebenswichtigen Funktionen des Walds erhalten**

1033 Der Wald erfüllt viele Funktionen, die für uns alle lebenswichtig sind: Luftreinhaltung, Bindung von
1034 CO₂, Wasserspeicherung, Lawinenschutz, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Ort der Erholung. Diese
1035 vielfältigen Funktionen dürfen nicht der Ideologie „totaler Ökonomisierung“ geopfert werden. Der
1036 Wald ist zudem durch den fortschreitenden Klimawandel, durch Dürreperioden und zunehmendes
1037 Brandrisiko in Gefahr. Wir brauchen darum eine ökologisch ausgerichtete Forstreform und ein
1038 ökologisches Umbau- und Schutzprogramm für den Staats-, Kommunal- und Privatwald.

1039 Dank des erfolgreichen Volksbegehrens zum Artenschutz „Rettet die Bienen“ ist es gelungen, einen
1040 Teil des Waldes zum Schutz der Biodiversität frei von jeder Nutzung zu halten. Der sonstige Wald
1041 muss zu einem klimaresistenten Misch- und Dauerwald umgebaut werden. Holz ist so zu entnehmen,
1042 dass der Wald maximal CO₂ aus der Luft aufnimmt, und vorrangig als Rohstoff zu nutzen. Mittel- bis
1043 langfristig sollen nur Holzfraktionen energetisch genutzt werden, die nicht als Rohstoff geeignet sind.

1044 **Grund Nr. 97**

1045 **Moratorium beim Straßenneubau**

1046 Bestandserhaltung und Entschärfung von Unfallschwerpunkten anstelle von Neu- und
1047 Ausbauprojekten.

1048 **Grund Nr. 98**

1049 **Die Artenvielfalt in Kooperation mit der Landwirtschaft wiederherstellen und stärken**

1050 Erhalt, Stärkung und Wiederherstellung der Artenvielfalt und der dafür nötigen Lebensräume sowie
1051 die Steigerung des Kohlenstoffgehalts im Boden, ist nur in Kooperation mit der bäuerlichen
1052 Landwirtschaft möglich. Deshalb setzen wir uns für einen weiteren Ausbau der Angebote im
1053 Vertragsnaturschutz ein. Durch das Volksbegehren zur Artenvielfalt wurde hier schon viel erreicht,
1054 aber die Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl (natürliche CO₂-Bindung durch
1055 Humusaufbau, Pflanzenkohleeintrag in Ackerböden, Artenschutz, Tierschutz, Gewässerschutz,
1056 Biotoperhaltung, Verzicht auf Agrochemie) müssen noch stärker als bisher honoriert werden.
1057 Bäuerlichen Familienbetrieben muss auf diese Weise ein angemessenes Einkommen garantiert
1058 werden. Wachsende Tierbestände dürfen nicht mehr staatlich gefördert werden. U.a. durch
1059 Bundesratsinitiativen muss sich das Land Hessen für ein Verbot insektengefährdender
1060 Agrarchemikalien (z. B. Glyphosat) einsetzen.

1061 **Grund Nr. 99**

1062 **Wir setzen uns für eine Reform des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts ein, damit nachhaltiges
1063 und naturverträgliches Bauen Standard wird**

1064 Das Baurecht ist dahingehend zu verändern, dass der weiteren Flächenversiegelung durch die
1065 Ausweisung immer neuer Baugebiete endlich Einhalt geboten werden kann. Die willkürliche
1066 Zerstörung bestehender Bausubstanz ist zu beenden. In Siedlungen ist eine gute Mischung von
1067 Wohnen, Arbeiten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, medizinischen und andere Einrichtungen
1068 herzustellen. Dadurch werden kürzere Wege, weniger Verkehr und mit umweltfreundlichere
1069 Verkehrsarten ermöglicht. Bei Neubau und Renovierung sind zudem die aktuellen Standards der
1070 Baubiologie und der Energieeinsparung sowie die Möglichkeiten optimaler Nutzung regenerativer
1071 Energien und rationeller Umgang mit Trinkwasser vorzuschreiben.
1072 Flächensparen, Baubiologie, Energieeffizienz und rationeller Umgang mit Trinkwasser sind bei
1073 öffentlichen Gebäuden beispielhaft zu berücksichtigen.

1074 **Grund Nr. 100**

1075 **Den Wildwuchs bei Gewerbegebieten wirksam abstellen**

1076 Wir treten dafür ein, dass künftig die Gewerbesteuer an die Landkreise gezahlt wird und nicht mehr
1077 an die einzelnen Gemeinden. Die heutige Regelung ist ein Hauptgrund für den total überzogenen und
1078 landschaftszerstörenden Flächenverbrauch für immer neue Gewerbe- und Industriegebiete. Ein
1079 Ausgleich für die Gemeinden hat über die Kreisumlage zu erfolgen. Das „Anbindegebot“ muss
1080 erhalten bleiben. Das Baurecht ist so zu ändern, dass in Gewerbegebieten alle Gebäude an
1081 Wärmenetze angeschlossen werden, Abwärme und erneuerbare Wärme umfassend genutzt und
1082 Strom aus Photovoltaikanlagen erzeugt und der Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch in
1083 Quartierspeichern hergestellt wird. Dach- und Fassadenflächen sind verpflichtend und umfassend für
1084 Solarthermie- und Photovoltaikanlagen zu nutzen und einstöckige Bauten nur noch in
1085 Ausnahmefällen zulässig. Ein guter Anschluss an den ÖPNV ist zwingend vorzusehen.

1086 **Grund Nr. 101**

1087 **Sparsamer und sinnvoller Umgang mit Trinkwasser**

1088 Mit dem kostbaren Gut Trinkwasser ist sorgsam umzugehen.

1089 Die industrialisierte Tierhaltung ohne Flächenbindung sowie der Einsatz von Pestiziden in der
1090 Landwirtschaft sind Hauptursachen der Gefährdung des Grundwassers. Deshalb plädieren wir für
1091 eine Förderung der Landwirtschaft, die sich u. a. am Ziel des Grundwasserschutzes orientiert sowie
1092 eine verursachergerechte Umsetzung der Düngeverordnung auf Basis einer einzelbetrieblichen
1093 Hoftorbilanz. Gewässerrandstreifen sind ausnahmslos so umzusetzen wie es das durch das
1094 Artenschutzvolksbegehren geänderte Naturschutzgesetz vorsieht.

1095 Kommunen werden angehalten, eine nachhaltige Versorgung mit Trinkwasser zu erhalten und für
1096 den Bürger ein eigenes häusliches Brauchwasser-System zu fördern, sowie die Wasserentsorgung
1097 darauf abzustellen. Die Kommune hat die Bauwilligen entsprechend zu beraten und durch die
1098 Preisgestaltung bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung für die finanzielle Attraktivität dieser
1099 Maßnahmen zu sorgen, die zusätzlich auch dem Hochwasserschutz dient.

1100 Den Privatisierungsbestrebungen für die Trinkwasserversorgung ist entschieden entgegenzutreten.
1101 Auch deshalb lehnen wir TTIP, TISA und CETA ab.

1102 **Grund Nr. 102**

1103 **Natürlicher Hochwasserschutz in der Fläche**

1104 Der fortschreitende Klimawandel führt immer öfter zu Dürreperioden einerseits und Starkregen, den
1105 der Boden nicht mehr aufnehmen kann andererseits. Wir fordern die Einführung einer staatlichen
1106 Garantie-Versicherung gegen Elementarschäden zu einem bezahlbaren Solidarpreis. Angesichts der
1107 sich häufenden Bedrohungen in Folge der Klimaüberhitzung muss der staatliche
1108 Garantievericherungsschutz für alle eingeführt werden, auch für Bestandsgebäude in
1109 Überflutungsgebieten. Neubauten dürfen dort nicht mehr genehmigt werden. Die Bürgerinnen und
1110 Bürger dürfen nicht den Versicherungsgesellschaften ausgeliefert werden. Die Erstattung von 80 %
1111 der Wiederherstellungskosten - wie zuletzt nach dem Hochwasser 2013 – ist für diese Fälle generell
1112 erforderlich.

1113 Die staatliche Versicherung muss kombiniert werden mit einem Masterplan für natürlichen
1114 dezentralen Hochwasserschutz. Jede Gemeinde, ob vom Hochwasser betroffen oder nicht, soll
1115 unnötige Versiegelung zurückbauen und prüfen, wo dezentrale Versickerung in der Fläche begünstigt
1116 werden kann. Nur so gibt es einen flächendeckenden Effekt und Hochwasserprävention. Es sind
1117 landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen zu fördern, durch die Bodenlebewesen aktiviert und der
1118 Boden für Regen aufnahmefähiger und durchlässiger wird. Ackerränder sind wieder mit Hecken zu
1119 bepflanzen. Der natürliche Hochwasserschutz in der Fläche ist die größte zusammenhängende Baustelle
1120 Hessen – ein gesamthessisches Solidarprojekt.

1121
1122 Wo der erste Regentropfen auf den Boden auftritt, muss gedanklich der Hochwasserschutz beginnen.
1123 Die ÖDP fordert die Umsetzung des 5-Stufenkonzepts zum Hochwasserschutz: Starkregen-,
1124 Hochwasser- und Bodenvorsorge voranbringen (1), Wasserrückhalt in der Fläche fördern (2), den

1125 Wasserablauf verlangsamen (3), Niederschlagsmengen im Fließgewässer halten, Hochwasser zu
1126 Breitwasser machen (4), den technischen Hochwasserschutz optimieren (5). Die ÖDP verfolgt die
1127 Strategie, in allen bebauten Gebieten das Konzept der „Schwammstadt“ umzusetzen. Das Wasser ist
1128 lokal zu versickern. Zusätzlich sollen versiegelte Flächen wieder wasserdurchlässig gestaltet werden.

1129 **Grund Nr. 103**

1130 **Die Nacht wieder zum Lebensraum machen**

1131 Im Jahr 2021 hat der Bundestag ein Gesetz zur Verringerung der nächtlichen Lichtverschmutzung
1132 beschlossen. Auch das erfolgreiche ÖDP-Volksbegehren zur Artenvielfalt „Rettet die Bienen!“ fordert
1133 Aktivitäten zum Schutz der Nacht als Lebensraum für Insekten und viele andere nachtaktive Tiere.
1134 Die Landesregierung muss Anreize für die Kommunen schaffen, künstliche Beleuchtungen zeitlich zu
1135 begrenzen und technisch unter Artenschutzaspekten nachzurüsten.
1136 Eine erfolgreiche Politik gegen Lichtverschmutzung wird auch den Menschen das Erlebnis der Nacht
1137 und der besseren Beobachtungsmöglichkeiten des Sternenhimmels ermöglichen und so die
1138 Lebensqualität steigern.

1139

1140 **Wir schützen die Landwirtschaft vor dem Wachstumszwang und** 1141 **bieten Hessens Bäuerinnen und Bauern einen** 1142 **Existenzsicherungsvertrag an – für Gegenwart und Zukunft!**

1143 Ökologische Landwirtschaft war schon immer die perfekte Art hochwertige und ausreichend Lebens-
1144 und Nahrungsmittel zu erzeugen. Unsere Gesundheit hängt entscheidend davon ab, was wir essen
1145 und trinken. Aber unsere Gesellschaft ist dabei, deren Produktionsgrundlage, die Böden und die
1146 Umwelt zu zerstören und damit sich selbst. Das klingt dramatisch und das ist es auch. Die Lebens-
1147 und Nahrungsmittel, die wir essen entstehen nicht im luftleeren Raum; sie brauchen sowohl für die
1148 Pflanzenproduktion als auch für die Futterproduktion der Tiere einen gesunden und giftfreien Boden.

1149 **Grund 104**

1150 **Neuordnung der Agrarsubventionen**

1151 Das Land Hessen soll sich dafür einsetzen die Agrarsubventionen in der EU neu zu ordnen. Die rein
1152 flächenbezogene Agrarsubventionen gehören abgeschafft. Im Endeffekt reicht sie der Landwirt nur
1153 weiter an die Agrarindustrie. Die Landwirte sollen Leistungen vergütet bekommen die dem Nutzen
1154 der Allgemeinheit dienen. Dazu gehören Gewässerschutz, Schaffung sozialversicherungspflichtiger
1155 Arbeitsplätze, Biolandwirtschaft und regenerative Bodenbearbeitung/Flächenbewirtschaftung
1156 (Rekarbonisierung des Bodens). Das Land Hessen soll seine Spielräume dazu ausnutzen.

1157 **Grund 105**

1158 **Agrochemie-Konzerne zurückdrängen**

1159 Internationale Konzerne drängen mit Macht darauf, eine lückenlose Kontrolle über diese
1160 Wertschöpfungskette zu erringen. Der Streit um die weitere Zulassung von Glyphosat ist nur die Spitze
1161 des Eisberges. Selbst wenn Glyphosat und Co. nicht krebserregend wären, die Auswirkungen der
1162 fatalen Kombination von ertragsmaximierten aber anfälligen Pflanzen und massivem Einsatz von
1163 Pestiziden auf unsere Zukunft sind katastrophal! Die rapide Abnahme der Artenvielfalt bei Pflanzen
1164 und Tieren bedroht die Stabilität unseres Ökosystems und damit uns selbst. Anzustreben ist eine
1165 drastische Reduktion bis hin zu einem Totalverbot aller Pestizide. Der prophylaktische Einsatz, wie z.B.
1166 die Beize ist sofort zu beenden.

1167 **Grund Nr. 106**

1168 **Zurück zur althergebrachten Grünlandbewirtschaftung**

1169 Die heute übliche Art der Grünlandbewirtschaftung mit 3-4 Mahden als Silage in Siloballen oder
1170 Fahrsilage darf keine gute Landwirtschaftliche Praxis mehr sein. Sie hat schon heute zu
1171 Grünlandwüsten ohne Blumen und Insekten geführt. Das Land Hessen soll Anreize setzen um den
1172 Umstieg zu erleichtern.

1173 **Grund Nr. 107**

1174 **Saatguterzeugung neu regeln**

1175 Die Saatguterzeugung muss neu geregelt werden. Der Landwirt muss wieder uneingeschränkt
1176 Eigentümer seiner geernteten Früchte werden. Patente auf Saatgut gehören abgeschafft. Das Land
1177 Hessen setzt sich dazu ein, dies auf nationaler und internationaler Ebene umzusetzen.

1178 **Grund Nr. 108**

1179 **Das Land Hessen muss sich in seiner Verfassung als Standort der gentechnikfreien Landwirtschaft**
1180 **festlegen**

1181 Das Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen ist seitdem Artenvielfalt-Volksbegehren
1182 „Rettet die Bienen“ in Hessen erstmals gesetzlich verankert. Doch das reicht nicht. Angesichts der
1183 absolut unkalkulierbaren Risiken für Mensch und Umwelt muss der hart erkämpfte Politikwechsel in
1184 diesem Bereich durch eine klare Verfassungsaussage festgeschrieben werden. Dies gilt auch für
1185 CRISPR/Cas-Gentechnik und weitere neue biotechnische Methoden. Des Weiteren muss unsere
1186 Landwirtschaft vor Abhängigkeiten von Konzernen und deren Lizenzforderungen bewahrt werden.

1187 **Grund Nr. 109**

1188 **Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsicherheit durch heimische bäuerliche Landwirtschaft**
1189 **sind existenziell**

1190 Ökologische und soziale Erzeugungsstandards sind von elementarer Bedeutung. Der ungezügelterte,
1191 subventionierte globale Austausch von Agrarerzeugnissen birgt nicht nur eine finanzielle Bedrohung
1192 für unsere Landwirtschaft, sondern auch unkontrollierbare Gefahren für die Gesundheit der
1193 Verbraucherinnen und Verbraucher. Durch „Landgrabbing“ für den Anbau in Europa benötigter
1194 Futtermittel und die Überflutung der lokalen Märkte mit landwirtschaftlichen Überschüssen aus der
1195 EU werden kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden zerstört. Das muss aufhören! Überschüsse
1196 müssen durch flexible Anpassung des Angebotes an die Nachfrage vermieden werden. Dazu müssen
1197 z.B. Erzeugergemeinschaften in die Lage versetzt werden, auf die Produktionsmengen Einfluss zu
1198 nehmen, bevor Überschüsse entstehen und in der Folge der Preis zusammenbricht. hessische
1199 Agrarpolitik muss unsere Landwirtschaft unabhängig machen vom Preisdruck der Weltmärkte.
1200 Produkte aus hessischer Landwirtschaft sind nicht austauschbar. Höchsterträge verursachen
1201 unnötige Belastungen für Mensch, Tier und Umwelt. Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln kann
1202 nur erreicht werden durch eine Landwirtschaft, die möglichst unabhängig von Lieferketten, Futter-
1203 und Düngemittelimporten ist. Stabile, regionale und innerbetriebliche Wirtschaftskreisläufe statt
1204 Weltmarktorientierung und Wachstumszwang. Das muss oberstes Gebot hessischer
1205 Landwirtschaftspolitik werden.

1206 **Grund Nr. 110**

1207 **Die Steigerung der Biolandwirtschaft bis 2030 auf 30% braucht Anschub**

1208 Hierzu fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung und Ausweitung des staatlichen
1209 Beratungsangebots, v.a. in den Bereichen Vermarktung, Marketing, Verarbeitung und
1210 Lebensmittelhandwerk sowie eine Prämie und Unterstützung für Betriebe des
1211 Lebensmittelhandwerks, die auf biologische Produktion umstellen wollen. Grundlagen der
1212 Biolandwirtschaft müssen als gleichberechtigter Ausbildungsinhalt neben den konventionellen
1213 Lehrinhalten vermittelt werden. Ebenso müssen mindestens 30% der staatlichen Forschungsmittel
1214 für Themen des Ökolandbaus zu Verfügung gestellt werden. Zur Erreichung des 30%-Ziel sind
1215 staatliche und kommunale Pachtflächen vorzüglich an Biobetriebe zu vergeben. Der
1216 Lebensmitteleinkauf aller öffentlichen Einrichtungen ist umzustellen auf mindestens 30% aus
1217 regionaler Ökolandwirtschaft plus 30% aus regionaler konventioneller Landwirtschaft. Kantinen in
1218 öffentlicher Hand bieten immer auch vegetarische und vegane Alternativen an und kennzeichnen
1219 Ernährungsangebote mit geringem CO₂Fußabdruck. So wird auch ein wirksames Beispiel für eine
1220 klimafreundliche und gesundheitsfördernde Ernährung mit weniger Fleisch geschaffen und der Staat
1221 wird seiner Vorbildfunktion gerecht.

1222 **Grund Nr. 111**

1223 **Weniger Fleisch, weniger Tiere, weniger Probleme!**

1224 In Bierzeltreden wird oft vor einer angeblich drohenden „Brokkoli-Republik Deutschland“ gewarnt
1225 und gegen die wissenschaftlich empfohlene fleischreduzierte Ernährung polemisiert. Der heutige,
1226 viel zu hohe Fleischkonsum wurde erst durch die Aufstockung der Tierbestände und die dadurch
1227 verursachten Niedrigpreise möglich. Diese Entwicklung gefährdet jedoch nicht nur Klima,
1228 Artenvielfalt und vielerorts auch das Trinkwasser, sondern ruiniert auch die Einkommen der
1229 Bauernfamilien. Gerade hier gilt: Weniger ist wirklich mehr und zwar für alle Beteiligten!

1230 Die Pro-Fleisch-Polemik widerspricht zudem der hessisch- KÜchentraktion: Fleisch war niemals
1231 Alltagsessen, sondern immer für Sonntage, Feiertage und einen weiteren Wochentag vorbehalten.
1232 Diese Tradition weist den Weg in eine vernünftige Zukunft.

1233 Die Fütterung von Tieren mit „Regenwaldsoja“ Und jede Art von vorbeugender Antibiotikagabe in der
1234 Tierhaltung ist sofort zu beenden.

1235 **Grund Nr. 112**

1236 **Weideland Hessen**

1237 Für Artenvielfalt, Tierwohl, Klimaschutz und Landschaftspflege ist die Weidehaltung von
1238 Wiederkäuern (Rinder, Schafe, Ziegen) „Goldstandard“. Wiederkäuer treten dabei auch nicht in
1239 Nahrungskonkurrenz zum Menschen, sondern schaffen aus für den menschlichen Organismus
1240 unverdaulicher Biomasse hochwertige Lebensmittel in Form von Fleisch und Milch. Hessen muss
1241 deshalb noch mehr als bisher Weideland werden. Ausbildung, Landwirtschaftsberatung und die
1242 staatlichen Förderprogramme sind verstärkt auch an diesem Ziel auszurichten.

1243 **Grund Nr. 113**

1244 **Bessere Verbraucherschutz durch wirksame Kontrolle**

1245 Zahlreiche Lebensmittelskandale haben gezeigt, dass die an den Landratsämtern angesiedelte
1246 Überwachung der Betriebe versagt hat. Die ÖDP fordert die Überführung sämtlicher
1247 Überwachungsaufgaben in staatliche Kontrollbehörden, die unabhängig von dem Einfluss politischer
1248 Beamter ihrer Tätigkeit nachkommen.

1249 Die weitere Privatisierung von Überwachungsaufgaben wie z. B. bei der Überwachung von
1250 Abwassereinleitungen lehnen wir kategorisch ab. Die immissionsschutzrechtliche Überwachung von
1251 genehmigungsbedürftigen Anlagen ist ebenfalls in eine staatliche Mittelbehörde zu integrieren.

1252 Die Verbraucherschutzorganisationen sind so auszustatten, dass Beratungsangebote nicht nur in
1253 Ballungszentren, sondern auch in der Fläche ermöglicht werden.

1254 **Grund Nr. 114**

1255 **Ein Existenzsicherungsvertrag für alle Bäuerinnen und Bauern in Hessen muss Perspektiven und
1256 Sicherheit geben und Gemeinwohleinstellungen honorieren**

1257 Das Ziel der ÖDP ist es, die Landwirtschaft vom ruinösen Zwang des „Wachsen oder Weichen“ zu
1258 befreien. Fördergelder müssen verbindlich an einfache, aber wirksame ökologische und soziale
1259 Standards gebunden werden. Das erfordert eine Abkehr von pauschalen Flächenprämien.
1260 Stattdessen sind die Zahlungen anhand von Punktesystemen auf Basis leicht zu erfassender
1261 Betriebsdaten betriebsindividuell zu qualifizieren. Bauernhöfe mit höherem Grünlandanteil, mehr
1262 Biotopflächen, bodengebundener Tierhaltung und vielfältigeren Fruchtfolgen müssen höher
1263 gefördert werden als Betriebe, die sich diesen Mehraufwand sparen und auf Rationalisierung und
1264 Mindeststandards setzen.

1265 Dadurch wird die ökologische, bäuerliche Landwirtschaft aufgewertet und standortbedingte,
1266 natürliche Benachteiligungen werden wirksam ausgeglichen. Der mörderische Kampf um immer
1267 mehr und immer billigere Produktion ist nicht länger verantwortbar!

1268

1269 Dienstleistungen der bäuerlichen Landwirtschaft zur Erhaltung von Klima, Umwelt, Kulturlandschaft
1270 und Trinkwasser sind als gesellschaftliche Aufgabe zu werten und entsprechend zu fördern.
1271 Tierbestände sind auf umweltverträgliche Größenordnungen zu reduzieren (max. 2 GV/ha, z.B. 2
1272 erwachsene Rinder/Hektar). Neu- und Umbaumaßnahmen sind durch Das Land Hessen nur noch zu
1273 fördern, wenn diese Vorgabe nicht überschritten wird.

1274 **Wir stehen zum Tierschutz – artgemäße und verhaltensgerechte** 1275 **Tierhaltung im ganzen Land!**

1276 **Grund Nr. 115**

1277 **Artgemäße und verhaltensgerechte Tierhaltung aus Respekt vor den Mitgeschöpfen –** 1278 **verpflichtende Haltungskennzeichnung für alle tierischen Produkte**

1279 Wir fordern in allen Bereichen der Tierhaltung artgemäße sowie verhaltensgerechte Haltung und
1280 Fütterung. Haltungsformen, die dazu führen, dass Tiere vermeidbaren Stress, Schmerzen und
1281 dadurch bedingte Krankheiten erleiden, sind zu verbieten. Eine gesetzlich verpflichtende
1282 Haltungskennzeichnung für alle Lebensmittel tierischen Ursprungs muss endlich kommen. Dies muss
1283 auch für Bestandteile tierischen Ursprungs in verarbeiteten Produkten gelten. Das Land Hessen muss
1284 sich dafür einsetzen, dass landwirtschaftliche Produkte, deren Erzeugung gegen geltendes EU-Recht
1285 verstößt (z.B. Stopfleber, Käfigeier, Pelze etc.) oder bei denen die Haltungskennzeichnung nicht
1286 vorhanden ist, nicht in Deutschland verkauft werden dürfen. Betäubungslose Kastrationen sowie die
1287 betäubungslose Enthornung von Kälbern müssen verboten werden. Das Kürzen von Schnäbeln und
1288 das Kupieren von Schwänzen ohne medizinische Indikation im Einzelfall sind zu verbieten.
1289 Gesteigerte Aufmerksamkeit ist ebenso der artgemäßen Haltung von Haustieren zu widmen (z. B.
1290 Sportpferde, Hunde, exotische Heimtiere). Hier ist eine bessere Zusammenarbeit von Tierärzteschaft
1291 und Behörden gefordert. Der Einsatz von Wildtieren im Zirkus muss verboten werden.

1292 **Grund Nr. 116**

1293 **Wir setzen uns ein für Studienmöglichkeiten ohne das Töten von Tieren**

1294 An einigen deutschen Universitäten kann man Biologie und medizinische Studiengänge studieren
1295 ohne Tiere „verbrauchen“ zu müssen. Dort ersetzen ausgefeilte Computerprogramme die bislang
1296 üblichen Praktika, bei denen extra zu Studienzwecken Tiere getötet werden. An hessischen
1297 Universitäten ist das praktisch unmöglich. Wir fordern eine Änderung des hessischen
1298 Hochschulgesetzes, damit auch in Hessen Studieren ohne Tierversuch möglich wird.
1299 Darüber hinaus verlangen wir die Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für die Erforschung und
1300 Entwicklung von Ersatzmethoden zum Tierversuch in der wissenschaftlichen Forschung und im
1301 Gesundheits- und Verbraucherschutz. Die bundesweit erste Professur mit dieser Thematik wurde
1302 2006 an der Universität Konstanz eingerichtet. Tierversuche, die nicht der medizinischen Forschung
1303 dienen, dürfen nicht aus Steuermitteln gefördert werden.
1304 Die tierversuchsfreie Forschung muss deutlich mehr Fördergelder erhalten und aufgewertet werden.

1305 **Grund Nr. 117**

1306 **Keine Schlachttiertransporte weiter als 100 km**

1307 Unnötiges Leid zu vermeiden, muss zu einer Selbstverständlichkeit werden. Deshalb fordern wir,
1308 Transporte von Schlachttieren über lange Strecken EU-weit zu verbieten und ein sofortiges Verbot
1309 von Schlachttiertransporten in Länder außerhalb Europas. Keine Subventionen für Tiertransporte!
1310 Regionale Schlachthöfe und Metzgereien sind zu erhalten oder neu zu schaffen und gegen
1311 Überregulierungstendenzen der EU zu schützen. Eine artgemäße Behandlung in Schlachthöfen ist
1312 unabdingbar. Die dort arbeitenden Personen sind zur Einhaltung des Tierschutzes strafrelevant zu
1313 verpflichten. Die Schlachthöfe müssen für Tierschutzverbände jederzeit offen sein. Für die Kontrolle
1314 der Schlachttiere, für das Entladen sowie die Verbringung zum Schlachtraum ist den Tierärztinnen
1315 und Tierärzten zusätzliche Zeit zur Verfügung zu stellen.

1316 **Wir werden die Vielfalt in Kultur- und Medienlandschaft erhalten**
1317 **und fördern!**

1318 **Grund Nr. 118**

1319 **Vielfalt der Sprachen erhalten**

1320 Hessen ist ein Land mit vielen unterschiedlichen regionalen Ausprägungen. Dazu gehört auch die
1321 Sprache. In vielen Regionen wird noch Mundart gesprochen. Doch die Zahl der Menschen mit diesen
1322 Sprachkenntnissen nimmt ab. Es ist notwendig Initiativen zu ergreifen, die unsere vielfältige
1323 Sprachlandschaft erhalten und ihr auch im Alltag einen Platz einräumen.

1324 **Grund Nr. 119**

1325 **Kunst und Kultur als Weg aus dem Hamsterrad des Immer Mehr**

1326 Die Förderung von Kunst und Kultur (Bildende Künste, Musik, Theater usw.) ist eine Investition in die
1327 Zukunft einer widerstandsfähigen Demokratie in einer sich ständig verändernden Gesellschaft.
1328 Sehend, hörend, fühlend und denkend Kunst und Kultur sinnlich in der Vielzahl ihrer Formen zu
1329 genießen oder selbst zu schaffen, sind darüber hinaus ökologische Alternativen zu materialistischem
1330 Konsum und dem Hamsterrad der immer neuen Anschaffungen. Unser Wohlstandsbegriff ist der des
1331 „Buen Vivir“: Wir positionieren uns zum Guten Leben im Sinne eines Zeit- und Erlebniswohlstands als
1332 zentralen Positionen. Gutes Leben heißt, genug haben, ohne sich zu sorgen, gemeinschaftlich,
1333 regional und kulturell mit der eigenen Umgebung in Kontakt zu sein und immer wieder angeregt und
1334 bereichert zu werden durch Hessens Reichtum der Landschaft, Tradition und der kreativen
1335 Entwicklung unserer aktuellen Kulturschaffenden. Die ÖDP begrüßt die Einführung des hessischen
1336 Musikschulgesetzes. Zirkusse, die auf Tierleid in der Manege verzichten, bei der Kulturförderung
1337 berücksichtigt werden.

1338 **Grund Nr. 120**

1339 **Der Erhalt von Denkmälern ist verstärkt zu finanzieren**

1340 Ein Volk, das auf Kultur Wert legt, muss seine Wurzeln kennen und erhalten. Das Landesamt für
1341 Denkmalpflege ist deshalb mit deutlich erhöhten Finanzmitteln auszustatten, damit es die
1342 Besitzerinnen und Besitzer von Denkmälern bei Erhaltungsmaßnahmen nicht nur beraten, sondern
1343 auch finanziell unterstützen kann. Insbesondere die Sanierung wenig spektakulärer, aber seit
1344 Jahrhunderten ortsbildprägender Gebäude, gerade auch im ländlichen Raum, sollte verstärkt mit
1345 direkten finanziellen Zuwendungen gefördert werden, da hier ein Anreiz über die steuerlichen
1346 Abschreibungsmöglichkeiten meist wenig attraktiv ist. Der Erhalt jahrhundertealter Bausubstanz ist
1347 praktizierte Nachhaltigkeit!

1348 **Grund Nr. 121**

1349 **Jugend- und Erwachsenenbildung, aber auch die (ehrenamtliche) Arbeit in Vereinen der Sport- und**
1350 **Traditionspflege, in kirchlichen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden sind unverzichtbar für**
1351 **eine lebendige Kultur in Hessen**

1352 Wir sind verlässlicher Partner für die Verbände und Einrichtungen der Jugend- und
1353 Erwachsenenbildung in Hessen. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollen sich diese Einrichtungen
1354 entwickeln können, ohne Gängelung und Mittelkürzungen, so wie es auch bei den anerkannten
1355 Vereinigungen in Sport, Kultur- und Traditionspflege üblich ist.

1356 **Grund Nr. 122**

1357 **Öffentlich-rechtliche Medien mit Top-Qualität – ohne Parteieneinfluss und ohne**
1358 **Werbung/Sponsoring durch Konzerne**

1359 Wir verteidigen die öffentlich-rechtlichen Medien gegen parteipolitische Einflüsse. Sie müssen eine
1360 ausreichende Finanzausstattung erhalten, um auf Werbung und Sponsoring durch Konzerne
1361 verzichten zu können. So werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frei von Beeinflussungen und
1362 können unabhängig ihrer Arbeit für die Kernaufgaben – Information, Bildung und anspruchsvolle

1363 Unterhaltung – nachgehen. Die Auswüchse des „Quotenzwanges“ dürfen die journalistische und
1364 künstlerische Arbeit in öffentlich-rechtlichen Medien nicht einengen.
1365 Wir fordern die Neufassung des Rundfunkgesetzes, um die Kontrollorgane (Verwaltungsrat und
1366 Rundfunkrat) zu qualifizieren und den Parteieneinfluss zu reduzieren. Aktive Politikerinnen und
1367 Politiker dürfen künftig keine Mitglieder des entscheidenden Verwaltungsrats mehr sein. Als
1368 Mitglieder des Verwaltungsrats dürfen künftig nur Personen mit Erfahrungen in Medienwirtschaft
1369 und Medienrecht, im Kunst- und Kulturwesen und/oder der Betriebswirtschaft gewählt werden.
1370

1371 **Grund Nr. 123**

1372 **Die Demokratie braucht vielfältige und freie Medien. Monopolbildung verhindern!**

1373 Die privatwirtschaftliche Presse und die öffentlich-rechtlichen Medien schützen die Demokratie. Wir
1374 fordern ein schärferes Kartellrecht gegen die Monopolbildung von internationalen Plattformen und
1375 Konzernen wie Twitter, Facebook usw. Der Bestand der traditionellen Qualitätspresse und der
1376 öffentlich-rechtlichen Medien ist zu sichern und zu entwickeln.

1377 Private Nutzerinnen und Nutzer brauchen ansprechbare Plattformen, wenn es um private Rechte
1378 und Gemeinwohlsgüter geht. Weltumspannende Aktiengesellschaften wie Meta/Facebook, tik-tok,
1379 Google und Twitter haben kein „natürliches“ Interesse am Schutz von Menschenrechten und
1380 Demokratie.

1381 **Mehr Sicherheit vor krimineller Bedrohung!**

1382 **Grund Nr. 124**

1383 **Korruption und Geldwäsche wirksam bekämpfen - Steuer- und Wirtschaftskriminalität wirksam verfolgen**

1385 Korruption zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat, gefährdet die ökonomische Fairness und
1386 verursacht hohe gesellschaftliche Kosten. Polizei und Staatsanwaltschaft ist in Zusammenarbeit mit
1387 anderen Behörden der Einblick in die Finanzaktionen der Tätergruppen und der Zugriff auf illegale
1388 Gewinne zu erleichtern. Das Land Hessen soll die Stellen für Steuerfahndung und Betriebsprüfung
1389 sowie im Bereich Wirtschaftskriminalität massiv aufstocken und die Einrichtung eigener
1390 Ausbildungsgänge hierfür evaluieren.

1391 Zur Bekämpfung gehört eine verfassungskonforme Neufassung der Vermögensstrafe und der
1392 konsequente Einzug kriminell erworbener Vermögen ebenso wie der Ausschluss bestechender
1393 Unternehmen von öffentlichen Aufträgen (Korruptionsregister).

1394 **Grund Nr. 125**

1395 **Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger gewährleisten – Kriminalität wirksam verhindern und reduzieren**

1397 Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört zu den ursprünglichen und zentralen Aufgaben
1398 des Staates. Die ÖDP tritt dafür ein, dass Polizei und Staatsanwaltschaft die dafür notwendigen
1399 Befugnisse erhalten, insbesondere auch im Bereich neuer Technologien, unter Wahrung der
1400 Grundrechte und Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel. In der Abwägung Sicherheit gegen
1401 Freiheit soll die Balance gehalten werden. Maßnahmen im Rahmen polizeilicher oder
1402 staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen sollen den Betroffenen gegenüber auch ohne anwaltliche
1403 Vertretung transparent und nachvollziehbar dargestellt werden.

1404 **Grund Nr. 126**

1405 **Leistungsfähige Polizei und Justiz als Garanten der inneren Sicherheit**

1406 Die Berufe bei Polizei und Justiz (Strafgerichte, Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsdienst) sind
1407 attraktiv auszugestalten, weil in allem Bereichen Personal fehlt. Die dadurch verursachte Überlastung
1408 der Justiz führt dazu, dass Strafverfahren trotz vorliegender polizeilicher Ermittlungsergebnisse
1409 eingestellt werden und Straftaten ohne Sanktionen bleiben. Der Datenaustausch zwischen Polizei
1410 und Justiz ist medienbruchfrei auszugestalten, Stichwort elektronische Strafakte. Die
1411 Sachausstattung der Polizei, beispielsweise im Bereich der Einsatzfahrzeuge, muss weiter verbessert
1412 werden, insbesondere bei der Bereitschaftspolizei. Angesichts der aktuellen Sicherheitslage ist die

1413 Zusammenarbeit zwischen Hessen, dem Bund und den anderen Bundesländern sowie Europol
1414 permanent zu verbessern.

1415 **Grund Nr. 127**

1416 **Gewaltverherrlichung und Zynismus in Medien, Netzwerken und bei Computerspielen stoppen –**
1417 **für wirksamen Jugendschutz und umfassende Medienbildung**

1418 Mit berechtigter Sorge beobachten kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler negative
1419 Auswirkungen von falschem und vor allem zu viel Medienkonsum bei Kindern, Jugendlichen und
1420 Erwachsenen. Reale Leistungsanreize werden durch „Erfolge“ am Bildschirm verdrängt, viele
1421 Jugendliche stumpfen gegen schlimmste Gewalt ab.
1422 Die ÖDP tritt für einen wirksamen Jugendschutz ein. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende
1423 Medien soll bei der Einstufung von Computer- und Konsolenspielen mehr Kompetenzen erhalten.
1424 Rundfunkräte und Landesmedienanstalten müssen Gewalt verharmlosende sowie herabwürdigende,
1425 menschenverachtende Sendungen stärker als bisher beanstanden. Soziale Netzwerke im Internet
1426 sind zu verpflichten, menschenverachtende und gewaltverherrlichende Beiträge zu entfernen. Bei
1427 Computerspielen ist verpflichtend auf die Wirkung von Gewalt hinzuweisen. Besonders nötig ist aber
1428 eine kontinuierliche und praxisnahe Medienpädagogik in Kindergärten und Schulen sowie in der
1429 Jugend- und Erwachsenenbildung.

1430 **Grund Nr. 128**

1431 **Strafverfahren müssen wesentlich beschleunigt werden**

1432 Neben der Prävention ist beim Umgang mit Jugendkriminalität die rasche Konsequenz nach der Tat
1433 von besonderer pädagogischer Bedeutung. Wir werden uns für eine wesentliche Verkürzung des
1434 Verfahrensgangs zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Jugendgerichten einsetzen. Außerdem
1435 ist die Personalausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften so zu gestalten, dass
1436 Strafverfahren rechtzeitig eröffnet werden können und keine potentiellen Straftäter deshalb vorher
1437 entlassen werden müssen.

1438 **Wir streiten für die saubere Demokratie – ohne Konzernspenden**
1439 **und mit direkter Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger!**

1440 **Grund Nr. 129**

1441 **Lobbyismus**

1442 Interessenverbände sollen natürlich ihre Interessen vortragen können, genauso wie jede Bürgerin
1443 jeder Bürger. Es ist aber notwendig dies transparent zu machen. Hessen braucht ein aussagekräftiges
1444 Lobbyregister.

1445 **Grund Nr. 130**

1446 **Sponsoringerlass Innenministerium Land Hessen**

1447 Öffentliche Aufgaben werden von der öffentlichen Hand finanziert. Jegliches Sponsoring ist für eine
1448 unabhängige Amtsführung schädlich. Deshalb ist der entsprechende Erlass des Innenministeriums
1449 zurückzuziehen.

1450 **Grund Nr. 131**

1451 **Amtshaftung**

1452 Geldverschwendung durch Regierung und Regierungsbehörden ist ab einem gewissen Maß, außer
1453 durch Rügen vom Landesrechnungshof noch weiter zu betrachten. Es wird Zeit ein funktionierendes
1454 Instrument dazu einzuführen.

1455 **Grund Nr. 132**

1456 **Parteispenden von Konzernen und Verbänden müssen verboten werden**

1457 Große Konzerne und Verbände überweisen jedes Jahr hohe Beträge als Spenden an Parteien. Die
1458 genauen Summen sind im Internet einzusehen. Wir halten dies für Bestechung und haben uns selbst
1459 verpflichtet, solche Spenden nicht anzunehmen.

1460 Hessen muss sich für klare Regeln im Parteiengesetz einsetzen. Spenden von juristischen Personen
1461 an Parteien und Politikerinnen und Politiker müssen verboten werden.

1462 **Grund Nr. 133**

1463 **Abgeordnete dürfen keine Geldspenden annehmen**

1464 In den „Verhaltensregeln für die Mitglieder des hessischen Landtags“ findet sich unter §4 eine
1465 Regelung, die empören muss: hessische Landtagsabgeordnete dürfen Geldgeschenke in beliebiger
1466 Höhe, von wem auch immer, annehmen.

1467 Die ÖDP tritt deshalb grundsätzlich für folgendes Ziel ein: Die geltenden Anti-Korruptionsregeln für
1468 Amtsträgerinnen und Amtsträger (Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, andere
1469 Angehörige des öffentlichen Dienstes) müssen auf die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und
1470 die Parteien ausgeweitet werden! Was für Exekutive und Judikative gilt, muss erst recht auch für die
1471 Legislative gelten.

1472 **Grund Nr. 134**

1473 **Veröffentlichung aller „Nebeneinkünfte“ von Landtagsabgeordneten, Staatssekretären und
1474 Ministern**

1475 Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht, die Unabhängigkeit der Politikerinnen und Politiker zu
1476 überprüfen. Das Landtagsamt muss die entsprechenden Informationen leicht zugänglich zur
1477 Verfügung stellen.

1478 **Grund Nr. 135**

1479 **Abgeordnete sollen für ihre Rente selber einzahlen und ihren Aufwand mit Belegen nachweisen
1480 müssen**

1481 Es ist nicht gerechtfertigt, dass Landtagsabgeordnete in Hessen zusätzlich zu einer guten Bezahlung
1482 eine ebenso kostenlose wie üppige Altersversorgung erhalten. Wir werden dafür streiten, dass
1483 Volksvertreterinnen und -vertreter – so wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch – aus ihrem
1484 Einkommen eigene Beiträge zur Altersversorgung zahlen müssen. Ebenso muss die sogenannte
1485 steuerfreie Aufwandspauschale („zweites Abgeordnetengehalt“) abgeschafft werden. Der
1486 tatsächliche Aufwand kann bis zu einer Höchstgrenze ersetzt werden, wenn dafür Belege eingereicht
1487 werden. Die heutige Überversorgung der Volksvertreterinnen und -vertreter macht böses Blut und
1488 schädigt das Ansehen eines demokratischen Staates.

1489 **Grund Nr. 136**

1490 **Der unmittelbare Wechsel aus der Politik in die Wirtschaft muss gesetzlich verboten werden**

1491 Wir haben häufig erlebt, dass Politikerinnen und Politiker oder hohe Staatsbedienstete unmittelbar
1492 nach ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienst fürstlich dotierte Posten in der Wirtschaft annehmen.
1493 Hier wird sichtbar, für welche Lobby sie vorher tätig waren. Das Wechseln ohne Karenzzeit muss
1494 verboten werden! Die Übergangszeit muss mindestens drei Jahre betragen.

1495 **Grund Nr. 137**

1496 **Hessens Direkte Demokratie braucht Nachhilfe**

1497 Damit die Bürgerinnen und Bürger von Hessen das Instrument des Volksbegehrens nutzen, ist mehr
1498 Aufklärung und Information notwendig. Außerdem soll wie bei Wahlen über Zeitpunkt und Inhalt
1499 eines Hessenweiten Volksbegehrens von Amts wegen mit Benachrichtigungskarte informiert werden.

1500 **Grund Nr. 138**

1501 **Die ÖDP will die direkte Demokratie auch bei Haushaltsangelegenheiten ermöglichen**

1502 Das derzeit bestehende Verbot von Volksbegehren und Bürgerbegehren, die auch den Haushalt des
1503 Landes Hessen bzw. der Kommunen betreffen würden, ist aufzuheben. Untersuchungen haben
1504 ergeben, dass Länder und Kommunen, die eine Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger auch in
1505 Haushaltsangelegenheiten kennen, nicht nur seit Jahren einen ausgeglichenen Haushalt haben,
1506 sondern oftmals mit Überschüssen abschließen.

1507 **Grund Nr. 139**

1508 **Kommunale Bürgerbegehren**

1509 Der Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene ist eine tolle Erfolgsgeschichte der Demokratie in
1510 Hessen. Er stärkt die Zivilgesellschaft und kreiert eine selbstbewusste Bürgerschaft. Wir treten dafür
1511 ein die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung zu erweitern.

1512 **Grund Nr. 140**

1513 **Bürgerräte als neues demokratisches Instrument einführen und aufwerten**

1514 Bürgerräte haben sich bewährt. Es ist an der Zeit, sie in alle demokratischen Ebenen, also auch auf
1515 Landesebene, einzuführen und bei komplexen Fragestellungen anzuwenden. Die Bürgerräte sind ein
1516 Verfahren der Demokratie-Werkstatt. Für einen Bürgerrat werden Bürgerinnen und Bürger
1517 ausgelost, die freiwillig in einer Sachfrage qualifiziert werden und zusammen mit Expertinnen und
1518 Experten eine Beratungslage erarbeiten, die von der Politik gehört wird. Bürgerräte ergänzen die
1519 parlamentarische Demokratie, sie ersetzen sie nicht. Bürgerräte garantieren vielfältige
1520 Debattenräume durch die zufällige Diversität ihrer Zusammensetzung. Die Ergebnisse der Arbeit von
1521 Bürgerräten sind durchweg ausgewogen und bringen Perspektiven ein, die von Verwaltung und
1522 Politik nicht automatisch mitbeachtet werden.

1523 **Grund Nr. 141**

1524 **Hessen braucht ein demokratischeres Landtagswahlssystem**

1525 Wir treten dafür ein, die 5%-Hürde abzuschaffen. Solange es eine Prozenzhürde gibt, ist das
1526 Wahlrecht so zu ändern, dass über eine Ersatzstimme (Präferenzstimme) das Votum einer Wählerin
1527 oder eines Wählers nicht verlorenght, wenn die von ihr/ihm zunächst gewählte Partei nicht ins
1528 Parlament einzieht.

1529 **Grund Nr. 142**

1530 **Das Volk soll den oder die Ministerpräsidenten/Ministerpräsidentin direkt wählen**

1531 Die Regierungschefin oder der Regierungschef würde auf diese Weise unabhängiger von den
1532 Parteien. Umgekehrt würde das Parlament angeregt, die Regierung besser zu kontrollieren. Die
1533 klassische Gewaltenteilung erhielte durch die Direktwahl eine neue Chance, die Macht der Parteien
1534 würde reduziert.

1535 **Grund Nr. 143**

1536 **Wahlalter senken – echte Partizipation ermöglichen!**

1537 Wir setzen uns dafür ein, dass in Hessen das Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16
1538 Jahre gesenkt wird.

1539 Die gesetzlich garantierte Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen, die ihre
1540 Lebenswelt jetzt und in Zukunft betreffen, ist zum Großteil Landes- und Kommunal-Sache. Hessen hat
1541 Nachholbedarf in der Partizipation der jungen Generation. Wir fordern die Verankerung der
1542 Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Landkreis- und Gemeindeordnung (vgl. Baden-
1543 Württemberg). Kinder und Jugendliche sind dann in die Planung und Gestaltung von Spielort- und
1544 Mobilitätsfragen, von Schulausstattung und Jugendetat professionell einzubinden. Wir unterstützen
1545 das Format eines Jugendbürgerbegehrens, das 5% aller jungen Einwohner/innen eines Ortes digital
1546 oder anders unterzeichnen und damit ein Thema zur Verhandlung auf die Tagesordnung der Kommune
1547 bringen.

1548 **Grund Nr. 144**

1549 **Macht braucht Kontrolle – für eine wirklich unabhängige Richter- und Staatsanwaltschaft**

1550 Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Richtertages, die Justiz wirklich unabhängig zu
1551 machen: Heute entscheiden letztlich politisch bestimmte Ministerialverwaltungen über
1552 Berufskarrieren von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten.
1553 Überfällig ist auch eine Reform des hessischen Verfassungsgerichtshofes. Dass das oberste Gericht
1554 des Landes Hessen immer noch mit einfacher Mehrheit vom Landtag gewählt wird, ist mehr als
1555 fragwürdig.

1556 **Grund Nr. 145**

1557 **Informationsfreiheit/Transparenzgesetz und gläserne Behörden - Durchblick für die Menschen**

1558 Seit 01. Januar 2006 gilt das sogenannte Informationsfreiheitsgesetz bereits für Bundesbehörden.

1559 Obwohl sie aus Steuermitteln bezahlt werden, bleiben viele Gutachten, Studien und
1560 Planungsdokumente Geheimwissen.

1561 Wir setzen uns für Informationsfreiheit und Transparenzgesetze auf Landesebene und kommunaler
1562 Ebene ein. Das Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger geht vor.

1563 **Grund Nr. 146**

1564 **Die ÖDP setzt sich für eine stärkere Selbstverwaltung der Kommunen ein – gegen „goldene Zügel“
1565 und für freie Entscheidungen der Städte, Gemeinden und Landkreise**

1566 Wir treten für eine Erhöhung der freien Zuweisungen an Gemeinden, Städte und Landkreise bei
1567 gleichzeitigem Abbau der zweckgebundenen Zahlungen ein, damit die Kommunen freier entscheiden
1568 können und auch zu einem sparsamen Umgang mit Steuergeldern angehalten werden. Alle
1569 Zuschüsse und Zuweisungen müssen zeitnah und rasch ausgezahlt werden.

1570 **Grund Nr. 147**

1571 **Hessen muss über den Bundesrat und in Eigenverantwortung die Wohnungswirtschaft sozial
1572 gestalten — „Keine Profite mit Bodenspekulation und Miete“**

1573 Die Nichtveräußerung kommunaler Wohnungen und Wohngrundstücke wird festgeschrieben.

1574 Bauplätze sollen ausschließlich im Wege des Erbbaurechts vergeben werden. Ausnahmen bedürfen
1575 eines Beschlusses des Gemeinde-/ Stadtrates. Künftig sollen ein Drittel der neu gebauten

1576 Wohnungen auf städtischem Grund Sozialwohnungen im ersten Förderweg, also besonders günstig
1577 sein. Staatlich geförderter sozialer Wohnungsbau soll in der sozialen Bindung bleiben und sie nicht
1578 nach 20-30 Jahren verlieren.